

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1918

142 (21.6.1918)

Volksfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen od. am Postamt monatl. 1.10 M., 1/2jährl. 3.80 M. Zugestellt durch unsere Träger 1.20 bezw. 3.60 M.; durch die Post 1.24 M. bezw. 3.72 M.; durch die Feldpost 1.25 M. bezw. 3.60 M. vorauszahlbar.

Ausgabe: Freitag mittags. Geschäftszeit: 1/2-1 u. 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die Spalt. Anzeigen od. deren Raum 20 A. Plaganzzeiten billiger. Bei Wiederholungen entspr. Rabatt. Schluß d. Annahme 1/2 Uhr vorm. für größt. Aufträge nachm. zuvor — Druck u. Verlag. Buchdruckerei Ged & Cie., Karlsruhe.

Kommunismus und Humanität.

Wenn nach einem Ausspruch Hindenburgs die rücksichtslossten Methoden des Krieges die humansten sind, so hat diese Erscheinung in der sozialen Bewegung ihr Seitenstück. Die Geschichte der Sozialdemokratie hat gezeigt, wie blutig und wie wenig erfolgreich sich ihre Bestrebungen unter der Regide milder und schonender Agitationsprinzipien gestalteten und wie sich dieses Verhältnis umkehrte, als Karl Marx die sozialistische Propaganda auf die Basis des durch und durch revolutionären Klassenkampfes stellte.

Die Vorläufer von Marx hatten sich den Uebergang von der privatwirtschaftlichen Ordnung zum sozialistischen System recht einfach und harmlos gedacht. Sie, die Schüler des liebenswürdigen 18. Jahrhunderts und eines seiner beherrschenden Geister, Jean Jacques Rousseau, waren von der Güte und edlen Gefinnung der beherrschenden Klassen als dem Kern der Menschennatur unerschütterlich überzeugt. Durch fleißigen Zuspruch, durch eifrige Aufklärung, durch den Appell an das Wohlwollen der bestehenden Klassen hofften die Owen, die Fourier, die Broudhon zur Preisgabe ihrer bevorzugten Lebenslage diese im allgemeinen Interesse bewegen zu können. Charles Fourier hat täglich von 12—1 Uhr mittags in seinem Büro auf einen Millionär gewartet, der ihm beliebige Mittel zur Errichtung der kommunistischen Wirtschaftsordnung im kleinen Maßstab überließ. Und während man in einem so weltstündigen Optimismus herumjammerte, sammelte sich in allen Ländern ein Proletariat an, das aus sinnlosen Rebellionen, aus Butischen, Aufständen und blutigen Gewalttaten gar nicht herausgelassen ist. „Der Mensch ist gut“, variierte Owen das Rousseausche Thema in unerschöpflichen Transpositionen. Derweilen betrogen sich die Finanzarabane, die Gutsbesitzer, die Fabrikbesitzer so graumam erpresserisch gegen das Proletariat, gegen Männer wie gegen deren arbeitende Frauen und Kinder, daß dieses sich mit Brandstiftungen, Mord und Todschlag zur Wehr setzte. Delfte dieser Art mußten in England zur Zeit Owens, also gegen die Wende des 18. und 19. Jahrhunderts an der Tagesordnung gewesen sein. Wo es in der französischen Revolution am blutigsten berging, da spielte das Proletariat ein Hauptrolle, obgleich diese Revolution eine bürgerliche Angelegenheit und teilweise sogar mit proletarischen Interessen in Kollision war. Sinter allen Barrikaden von 1789 bis 1848 liegen Proletariatsknochen; alle gemeinsamen Aktionen, die von proletarischen Massen unternommen wurden, haben den Charakter des Raubes, der Plünderung und der rächenden Gewalt, während die Devise: „Der Mensch ist gut“ mit den darauf sich stützenden Methoden des Zuspruchs und des Appells an das Mitleid der besitzenden Klasse weiter in Ehren bestand.

Nun liegt die Sache natürlich nicht so, daß die Ueberhöhung der menschlichen Durchschnittsnatur und jene falschen Agitationsmethoden allein die Schuld oder auch nur die Hauptschuld an all den blutigen Erzeugnissen tragen. Aber im Zusammenhang und in der Gesamtheit, die zu ihnen führten, liegen sie auch. So gut es gemeint war, die edlen Anlagen des Menschen zu wecken und sie dann dem sozialistischen Ziel gefügig zu machen, erreicht wurde damit eher das Gegenteil. Sohn und Spott seitens derer, denen die Moralpredigt galt und die in Revolten umschlagende Antwort der Enttäuschten. Der Zusammenhang ist klar. Je mehr der Versicherung von der edlen Menschennatur Glauben geschenkt wurde, desto höhere Ansprüche setzte man an ein dementsprechendes Verhalten. Man erwartete, man forderte, daß die besitzende Klasse sich zur Preisgabe ihrer bevorzugten Lebenslage entschließen. Als das ausblieb, als so gar nichts in der Richtung dieser Erwartung geschah, da reagierte das ewig enttäuschte Proletariat mit den Temperamentsausbrüchen sinnloser Gewalttationen.

Die Sachlage wandte sich vollständig um, als der Marxismus die beherrschende Richtung der proletarischen Bestrebungen wurde.

Karl Marx hat die sozialistische Bewegung zunächst einmal auf eine richtige anthropologische Grundlage gestellt. Er hat mit dem sentimentalsten Irrtum Rousseaus gründlich und wirksam aufgeräumt. Es ist nicht wahr, daß der Mensch von Natur gut ist, als Wirtschaftssubjekt ist er ebenfalls rücksichtslos egoistisch. Nach niemals ist es vorgekommen, daß eine bevorrechtete Klasse sich freiwillig ihrer Privilegien und Vorteile begeben habe und das zu erwarten von Moralpredigten, vom Appell an tugendhafte Instinkte und dergleichen, bleibe in alle Zukunft näher Rinderglaube. Indem Marx so die realistische Auffassung von der Menschennatur zum Ausgangspunkt der sozialistischen Bewegung machte, entzog er allen gefährlichen Erwartungen den Angriffspunkt. Wer von seiner Belehrung profitiert hatte, konnte sich gar nicht mehr darüber empören, daß die proletarische Notlage nicht von einem Tag auf den anderen abgestellt wurde. Karl Marx hat mit dieser richtigen psychologischen Einschätzung des Menschen allen unmutuarischen Gefühlskriptionen den Nibelgen vorgezogen.

Und indem Marx als Konsequenz dieser realistischen Anschauung den Klassenkampf als Mittel zur Durchsetzung der kommunistischen Wirtschaftsordnung empfahl, vermannte er vollends den Fluß der bisherigen

Agitationsweise in den Segen ruhiger erfolgreicher Organisationsarbeit. Das Wort Klassenkampf legt noch immer die Vorstellung von Gift, Dorsch, Dynamit und dergleichen nahe; aber gerade durch den Klassenkampf im Marxschen Sinne, also durch die politisch-parlamentarische Mitarbeit wie durch den ökonomisch-gewerkschaftlichen Zusammenschluß wurden jene Gewaltmittel in die Kumpellammer der sozialistischen Vorgehensweise verwiesen. Die historische Erfahrung bezeugt es, daß seitdem der Klassenkampf in aller Schärfe die offizielle Methode der sozialistischen Agitation geworden war, kein nennenswerter Blut- und Zerstörungsaakt zur Verbesserung der proletarischen Verhältnisse geschehen ist. Wenigstens überall da nicht geschehen ist, wo der Marxismus festen Boden gewonnen hat. Und auch das ist nicht zufällig, sondern ursächlich bedingt. Die Vorläufer von Marx hatten mit ihrer Absicht, den Sozialismus durch Aufklärung und Beredung der Bourgeoisie herbeizuführen, das Proletariat als mitringenden Faktor ausgeschaltet. Nach ihnen sollte gewissermaßen alles für, nichts durch das Proletariat geschehen. So war dieses wehrlos dem guten oder bösen Willen der Kapitalisten ausgeliefert. Kein Wunder, wenn es gelegentlich mit den Gewalttationen der Verzweifelten wenigstens seiner Empörung Ausdruck gab. Mit dem Klassenkampf im Marxschen Sinne bekam das Proletariat eine mächtige Waffe in die Hand; da hörte es auf, bloß passiv abwartender Zuschauer zu sein. Den Prinzipien Owens, Fouriers usw. fehlte jede organisierende Kraft; der Klassenkampf, wie Marx ihn lehrt, bleibt das unübertroffene Werbemittel für den Zusammenschluß aller an einem Wirtschaftssystem interessierten Menschen. Jetzt, wo das Proletariat zu einer gleichen Ziele anstrengenden Einheit organisiert, die Kapitalisten fühlen konnten, wie notwendig sie es brauchten, jetzt erst waren jene überlegungslosen Temperamentsausbrüche durch die viel stärkeren Machtmittel eines vernunftmäßig arbeitenden Gesamtwillens außer Kurs gesetzt. Es ist das Verdienst von Karl Marx, daß durch seine Aufklärung über das Wesen der Menschennatur wie durch seine Ausgestaltung des Klassenkampfes die Verfechtung der Klassengegenstände milder und humaner geworden ist.

Die Schlacht an der Piave.

Oesterreich-ungarischer Tagesbericht.

Wien, 20. Juni. (W.D. Nicht amtlich.) Amtlich wird bekanntlich:

Die Schlacht in Venetien dauert fort. Der Feind erwiderte den Fall des größten Teils der Piavefront durch heftige, mit zäher Ausdauer geführte Gegenangriffe. Um unsere neue Stellung am Fojetta-Kanal, an der Bahn Dorsgo-Treviso und auf dem Montello wurde erbittert gerungen. Im Montellogebiet steigerte sich der Kampf mitunter zur Heftigkeit der großen Karfischlacht. Die Italiener trieben ihre Sturmkolonnen stellenweise sechs mal vor. Große Verluste zwangen den Feind zu regellosem Einzug seiner Reserven, die er divisions- und regimentweise in den Kampf warf. Alle seine Anstrengungen waren vergebens. Die Heeresgruppe des Feldmarschalls von Boroewie behauptete nicht nur reiflos die erkämpften Linien, sondern warf mit Divisionen des Generals der Infanterie Baron Scharozzer die Italiener südlich der nach Treviso führenden Bahn weiter gegen Westen zurück. Auch südöstlich Asiago ließen die Italiener abermals und mit großem Mißerfolg wie an den Vortagen Sturm. Besonders rühmend wird in Truppenmeldungen der Mitwirkung der Schlachtlieger am Kampf- und Aufklärungsdienst gedacht.

Von unseren Kampffliegern errang Hauptmann Brunowski seinen 33. und 34. Oberleutnant v. Linke-Stauford den 25. Oberleutnant Fiala den 23. Luftsteg. Der Oberst des Generalstabes

Deutscher Tagesbericht.

W.D. Großes Hauptquartier, 20. Juni. (Amtlich.)

Westlicher Kriegsschauplatz.

Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht. Fast an der ganzen Front nahm die Tätigkeit des Feindes am Abend zu. Das Artilleriefeldfeuer lebte auf. Starke Infanterieabteilungen stießen in zahlreichen Abschnitten gegen unsere Linien vor. Sie wurden abgewiesen.

Heeresgruppe Deutscher Kronprinz. Erneute Versuche des Feindes, nordwestlich von Chateau-Thierry über den Cignon-Abchnitt vorzudringen, scheiterten in unserem Feuer. An der übrigen Front blieb die Gefechtsfähigkeit in möglichen Grenzen.

Heeresgruppe Gallwitz. Südwestlich von Ornes wurden nächtliche Vorstöße des Feindes abgewiesen. Zwischen Maas und Mosel drangen eigene Sturmtruppen in die amerikanischen Stellungen bei Seicheprey ein und fügten dem Feinde schwere Verluste zu.

Der 1. Generalquartiermeister: Ludendorff.

Dreimonats-Bilanz.

Berlin, 20. Juni. (W.D. Nicht amtlich.) Infolge der schwereren Mißerfolge und der gewaltigen Niederlage während der dreimonatigen deutschen Offensive im Westen vom 21. März bis 21. Juni verlor die Entente an Gefangenen, Geschützen, Maschinengewehren und Gebiet folgende Zahlen: In der großen Schlacht Ende März an Gefangenen über 94 000 Mann, infolge der Niederlage in Flandern 30 575 Mann, bei den schweren Schlägen an der Aisne und der Dije über 85 000 Mann, in Summa mit den in der Zeit zwischen den großen Kampfhandlungen gemachten Gefangenen über 212 000 Mann allein an Gefangenen. An Geschützen verlor die Entente im Westen: An der Somme 1300, in Flandern über 300, an der Aisne und Dije über 1200, in Summa 2800 Geschütze. An Maschinengewehren verloren die Engländer und Franzosen sowie ihre Hilfsvölker an der Somme und in Flandern 5000, an der Aisne über 2000, an der Dije über 1000 Maschinengewehre, in Summa mehr als 8000.

An Gebiet verlor die Entente an der Somme 3450, in Flandern 650, an der Aisne 2740, an der Dije 250 Quadratkilometer, in Summa 6820 Quadratkilometer. Diese Gebiete umfassen wichtigste strategische Verbindungen und äußerst fruchtbare Landstriche. In dem 6820 Quadratkilometer großen Gebiet, das die Entente im Westen innerhalb dreier kurzer Monate verloren hat, befinden sich allein im Sommegebiet 52, in Flandern 37, an der Aisne 15 Städte mit über 1000 Einwohnern.

Demgegenüber beträgt der Raumgewinn der Entente in den großen Kämpfen der vergangenen Jahre an der Somme, bei Arras und in Flandern nur 561 Quadratkilometer eines völlig zerstörten und wertlosen Gebietes.

Während dreier Monate der Offensive vom 21. März bis 21. Juni hat die Entente außer den in den deutschen Heeresberichten gemeldeten gewaltigen Beutezahlen das gesamte eingebaute Material an Draht, Holz, Eisen, Beton, Telegraphengerät, Feldbahnen mit gefüllten Depots, Feldlagern, Baracken und dergleichen auf 270 Kilometer angegriffener Frontbreite verloren. Dieser Verlust allein beziffert sich auf Milliarden. Die Neubeschaffung dieser Materialmengen stellt aufs neue die schwersten Anforderungen an die Kriegindustrie der Entente, wobei besonders schwer ins Gewicht fällt, daß die gewaltigen Menschenverluste neue Aushebungen und Wehrpflichtigesetze erforderten, die den Stamm der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte in hohem Maße verringert und den fargen Schiffsraum der Entente mit dem Ersatz- und Materialtransport immer mehr in Anspruch nehmen.

Deutscher Abendbericht.

Berlin, 20. Juni, abends. (W.D. Amtlich.) Nördlich von Albert, südwestlich von Royon und nordwestlich von Chateau-Thierry sind feindliche Teilangriffe unter schweren Verlusten gescheitert.

Neue Versenkungen.

W.D. Berlin, 19. Juni. (Amtlich.) Neue U-Boot-erfolge auf dem nördlichen Kriegsschauplatz: Nach den Meldungen der aus See zurückgekehrten U-Boote 13 000 A.R.Z. Aus zwei Geleitzügen wurden an der Ostküste von England die größten Dampfer trotz starker Gegenwehr der Seewachungskreuzer abgeschossen.

Türkischer Bericht.

Konstantinopel, 19. Juni. Tagesbericht. Paktinafront. Im Küstengebiet stellenweise gesteigerte Artillerietätigkeit. Die Beschließung Ferichos und der feindlichen Truppenlager im Brückenkopf westlich des Jordan wurde von uns fortgesetzt. Vorstöße unserer Abteilungen gegen die Jordan-Mündung führten zu Gefechten mit feindlichen Postierungen starker Kavallerie, die mit dem fluchtartigen Rückzug der Engländer endeten. Eine Anzahl Gefangene, Waffen und Kriegsmaterial wurden eingebracht.

Die polnische Legion vor dem Kriegsgericht.

W.D. Marmarosziget, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Regionsprozess. Die heutige Verhandlung vor dem Feldgericht begann mit dem Verhör des Regionszugführers Grodzki, der in Abrede stellte, daß er die Telefonlinie von Rozma nach Snyatia zerstört habe. Sodann wurde der Regionsführer Kossowski verhört, der aus sagte, er habe am 15. Februar nachmittags von einem Kommandanten den Befehl erhalten, als Spitze der Kolonne bis nach Sadagara (S) zu gehen, wo er weitere Befehle abzuwarten hätte.

Hierauf wurde der Regionschefarzt Koncacki verhört. Er erklärte, der Friedensvertrag von Brest-Litovsk habe auf ihn deprimierend gewirkt. Am 15. Februar habe General Zielinski die Offiziere zu sich berufen und sie berichtigt, indem er ihnen mitteilte, daß er von dem Regimentsrat Befehle erhalten habe. Bis zu seiner Gefangennahme seien ihm die eigentlichen Absichten des Unternehmens unbekannt gewesen.

Freunteilung, Sohn, Komp., grauen-ist, 918.

8578

aus.

8576

mbul.

2.—

erzie'en.

2838

sch. Doppel-

und Betten.

Einwand. v.

ausw.

grätzstr. 49

efler

tüchtige

Angabe

von Kriegs-

3844

annheim.

r

b. h.

51.

n

3885

raße 28.

lsruhe.

Staubenbohn-

ma Gachler

Uebertingen.

Schlosser hier,

Chemnitz, W.

Quartrich von

sch. Johann

olme Eppele,

Medamter

lleur. Theo-

ard Effe, B.

ia Reumeier,

na, B. Adoff

meiker. Ger-

von Ludwigs

Schfrau von

B. Wilhelm

er, 81 J. alt.

leur. Marie

Kaminseger-

er. Valentin

alt, B. Karl

n, 73 J. alt.

n, 58 J. alt.

Kleine Kriegsnachrichten.

W.B. Berlin, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Deutsche Sturmkompanien drangen am 19. Juni morgens nordöstlich Seicheprey in den Remieres-Wald, stießen zum Teil bis zu dessen Südwand durch, fügten dem amerikanischen Gegner schwerste blutige Verluste zu und nahmen ihm mehrere Gefangene ab.

W.B. Berlin, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Am 19. Juni wurden die Bahnhöfe Abeele und Godewaersvelde, desgleichen die Bahnanlagen von Amiens durch schwere Schlagsfeuer beschossen.

Haag, 20. Juni. Die Gesamtverluste der amerikanischen Streitkräfte in Europa betragen bis heute an Toten, Verwundeten und Vermissten 8173 Mann. Wahrscheinlich rekrutiert sich die Verlustziffer aus den Kämpfen bei Chateau-Thierry. Die Zahl hat allerdings in Amerika großen Eindruck gemacht, man ist sich aber darüber klar, daß die Verlustziffern im Laufe der Kämpfe noch ganz anders anwachsen werden.

W.B. Kopenhagen, 20. Juni. (Nicht amtlich.) In Ringköping auf Ålagödde stürzte heute vormittag ein englisches Flugzeug ab. Der Pilot, Leutnant Smithon ist getötet. Um 2 Uhr morgens von einem englischen Schiff aufgelesen, landete er infolge eines kleinen Motorfehlers. Der Fliegerleutnant glaubt, den Motor selber reparieren zu können. Der Fliegeroffizier hält sich bei einem Zollkontrolleur auf. Nachmittags fand ein polizeiliches Verhör statt.

W.B. London, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Reuter. Im Unterhaus erklärte Sape namens des auswärtigen Amtes, daß die Zahl der Stellen, die die niederländische Regierung für britische Kriegsschadigte und Zivilisten vorgesehen habe, erreicht ist. Die Frage einer weiteren Ausdehnung gehöre zu den vielen Dingen, mit denen die britischen Unterhändler im Haag befaßt seien. Die Angelegenheit werde durch die Lebensmittellage in Holland schwierig sein, und es sei möglich, daß es sich als richtiger herausstellen werde, sie durch unmittelbare Heimbesuchung der Ausgehäuften, als durch eine weitere Ausdehnung der Internierung zu lösen.

Die Kämpfe in Rußland.

Stockholm, 20. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Petersburger Tel.-Agentur. Der Leiter der Operationen gegen die Tschekoslowaken General Masnikow hat Befehl gegeben, alle Personen festzunehmen und hingerichten, die an der Front, vor allem beim Simbirsk und Szaron, sich an der gegenrevolutionären Bewegung beteiligten und diejenigen zu ergreifen, die trotz des Verbotes den Versuch machen, in den Abchnitt Samara die Wolga zu befahren. Es wird gemeldet, daß die Tschekoslowaken nach der Beschädigung Samaras durch das Bombardement in der Stadt Gemaltätigkeiten gegen die Rote Garde und Mitglieder der Verwaltung verübt und außerdem sie hingerichtet. Die konstituierende Versammlung wurde beschloffen. Die Abteilung Dutows, der an der Organisation der Weißen Garde teilnahm, diene als Polizei.

Die Gegenrevolutionäre zählen wahrscheinlich nicht darauf, die Stadt zu halten, denn sie räumen Detocz. Die Militär-oberinspektion meldet, auf dem Wege über das Kriegsministerium Kriegsbeschleuniger, daß die Sowjettruppen unter dem Kommando von Rodwoiskij binnen kurzem Samara befreien werden, und daß die Tschekoslowakische Regierung erlöschen werde.

Moskau, 20. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Reuter. Die Tschekoslowaken haben gemeinsam mit den Kosaken und Kirgisen Tomsk genommen und den Sowjettruppen schwere Verluste zugefügt.

Protokoll der russischen Regierung gegen die Entente.

Moskau, 19. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Nach Meldungen der Moskauer Presse hat der Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten Schischkin dem englischen Geschäftsträger, sowie dem amerikanischen und dem französischen Konsul in Moskau eine Note überreicht mit der Forderung, daß die englischen Kriegsschiffe die nördlichen Häfen zu verlassen haben.

Taras Bulba.

Von Nikolaus Gogol.

(Fortsetzung.)

Alle anwesenden Saporoger begannen zu schwanken. „Tapirer Oberst“, entgegnete hierauf der Hetman, „hast du denn vergessen, daß es ebenfalls unsere Kameraden sind, die sich in den Händen der Tataren befinden? Daß ihr Leben ein ewiges Sklaventum unter den Heiden sein wird, entsetzlicher als der schrecklichste Tod, wenn wir sie nicht befreien? Hast du denn vergessen, daß sie unsern gesamten Schatz besitzen, der mit teuerm Christenblute erkauft ist?“ Die Kosaken wurden nachdenklich und wußten nicht, was sie sagen sollten. Keiner von ihnen wollte in üblen Ruf kommen. Da trat der Älteste aus dem Heere der Saporoger, Kachjan Boudjug, hervor. Er war hochgeehrt bei den Kosaken, war schon zweimal Hetman gewesen und galt auch im Kriege als ein tüchtiger Kosak, aber jetzt war er schon sehr alt und nahm an keinem Feldzug mehr teil, auch liebte er es nicht, Rat zu erteilen, sondern der alte Kämpfer zog es vor, im Kreise der Kosaken auf dem Rücken zu liegen und die Erzählungen über vergangene Abenteuer und Heldtaten der Kameraden zu lauschen. Er mißte sich nie in ihre Reden, sondern hörte nur aufmerksam zu und drückte mit den Fingern die Wäde in seiner kurzen Hose zusammen, die er nie aus dem Munde ließ. So lag er lange da, die Augen halb geschlossen und die Kosaken wußten nie, ob er zuhöre oder schon schlafe. Während der letzten Heldtaten war er stets zu Hause geblieben, aber diesmal hatte es ihn aufgerüttelt. Nach Kosakenart hatte er seine Hand geschwungen und gesagt: „Ach was, diesmal komme ich mit euch, vielleicht kann ich dem Kosakentum noch irgendwie nützlich sein.“ Alle Kosaken verstummten, als er jetzt vor die Versammlung trat, denn schon lange hatte man kein Wort aus seinem Munde gehört. Jeder wollte wissen, was Boudjug zu sagen hatte.

Moskau, 19. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Nach einer Meldung des „Sowremennoje Slowo“ hat das Volkskommissariat für auswärtige Angelegenheiten dem hiesigen englischen Vertreter eine Protestnote wegen der Beschlagnahme russischer Schiffe durch die englische Regierung überhandt.

Die Karolyi-Partei in Ungarn.

W.B. Budapest, 20. Juni. (Nicht amtlich.) Bei Besprechung des vorläufigen Haushalts im Abgeordnetenhause hielt Graf Tisza eine Rede, in der er die Agitation der Karolyi-Partei gegen die Bündnispolitik als gewissenlos bezeichnete, weil dadurch die heiligsten Interessen des Vaterlandes aufs Spiel gesetzt würden. Er sagte: Die gewissenhafteste Untersuchung hat klargestellt, daß die Politik der serbischen Regierung nicht bloß gegen die Landesunverletzlichkeit, sondern gegen dessen Dasein gerichtet war. Unsere deutschen Brüder haben damals die einzig mögliche Antwort gegeben und wir sind verpflichtet, unseren deutschen Bundesgenossen dieselbe Antwort zu geben. Wir müssen treu zu Deutschland stehen, solange keine Interessen von Gefahren bedroht sind. Unter großem Lärm der Karolyi-Partei und lebhaftem Beifall der Mehrheit erklärte Graf Tisza sodann: „Glaubt die Karolyi-Partei, dem Lande zu nützen, wenn es die Kriegsheber der Entente gegen die eigene Regierung, gegen ihr eigenes Land und gegenüber unserem Bundesgenossen in Schutz nimmt? Pflicht der Regierung ist es, diese Untertreibe, wie sie inmitten eines Weltkrieges in seinem Staate vorkommen, nicht länger zu dulden. Auch wir wünschen den Frieden und sind in seinem Interesse bis an die äußerste Grenze gegangen. Was Karolyi macht, bringt nicht den Frieden, sondern schwächt vielmehr die Kraft der Nation.“

Ausland.

Kein Paß für Troelstra. Laut Berliner Lokalanzeiger meldet der „Nieuwe Rotterdamse Courant“: Heute wurde Troelstra mitgeteilt, daß die englische Regierung es ablehne, ihm einen Paß für die Reise nach England auszustellen. Dr. Troelstra wird also nicht an der Konferenz mit der englischen Arbeiterschaft teilnehmen können.

„Nieuwe Courant“ wendet sich anlässlich des Beschlusses der englischen Regierung, Dr. Troelstra keinen Paß für die Ausreise nach London zu gewähren, gegen die Pressekreise des unvollständigen und antisolländischen „Telegraf“ und gegen seinen berichtigten Korrespondenten in England van der Verr. Das Blatt schreibt: Wir bezweifeln nicht, daß der gewöhnliche Engländer, der mehr Gefühl von Anstand und Ehre hat, als diese Herren, dieselbe Verachtung für dieses heuchlerische Treiben hat, wie alle Niederländer, die sich nicht durch die Sympathien für die Entente haben verblenden lassen.

Die Londoner radikale Zeitung „The Star“ schreibt: Das Geschrei wegen Troelstra erscheint außerordentlich lächerlich. Troelstra wird in seiner Eigenschaft als parlamentarischer Führer der niederländischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei deutschfreundlicher Gesinnung beschuldigt. Die zum Beweise angeführten Gründe beweisen nur, daß Troelstra eine streng neutrale Haltung eingenommen hat. Er ist ein sehr einflussreicher Mann, ohne den die niederländischen sozialdemokratischen Vertreter auf dem Londoner Kongress unvollständig sein würden.

Bern, 20. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Der Nationalrat beschloß in der Schlussabstimmung über die Initiative betr. die Verhältniswahl zum Nationalrat in nammentlicher Abstimmung mit 78 gegen 71 Stimmen, bei sieben Stimmenthaltungen die Ablehnung der Verhältniswahl.

Madrid, 20. Juni. (W.B. Nicht amtlich.) Wiener I. F. Tel.-Corr.-Bür. In der gestrigen Sitzung der Cortes erklärte Ministerpräsident Maura gelegentlich einer Debatte über die Militärreform, daß Spanien alles daran setzen müsse, um die Oberhand über sein Territorium wirklich zu garantieren. Das Land müsse auf seine eigene Kraft bauen, um im Kriege vollkommen ohne fremde Hilfe dem Feinde entgegenzutreten und seine Grenze selbständig verteidigen zu können. Ein wehrloses Spanien würde seine Unabhängigkeit als Nation infolge seiner steten an Bedeutung zunehmenden Lage am Eingang des Mittelmeeres einbüßen. Maura erinnerte sodann an die Rechte Spaniens auf Marokko und führte aus, daß diese Nordküste notwendigerweise dem

spanischen Einfluß unterstehen müsse, da sie im gegenteiligen Falle von einer fremden Macht besetzt werden würde. Bezüglich der Meerenge von Gibraltar erklärte Maura, daß deren Beherrschung für die Nation eine Notwendigkeit sei, und daß Spanien sich auf seine künftige Mission gebührend vorbereiten müsse, um im gegebenen Augenblick jene diesbezüglichen Rechte entsprechend geltend machen zu können.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 62. öffentliche Sitzung.

Karlruhe, 20. Juni.

Zu Beginn der um 9 Uhr von dem Präsidenten Kopf eröffneten Sitzung wurde das Finanzgesetz einstimmig angenommen. Danach beantwortete Staatsminister von Bodman folgende von den Abg. Massa (F. V.) und Gen. gestellte kurze Anfrage:

„Ist die Preissenkung richtig, daß infolge einer Erhöhung der Getreidepreise der Brotpreis um einige Pfennige hinaufgesetzt werden soll? Zutreffendenfalls, welche Schritte hat die Gr. Regierung getan, um die durch nichts gerechtfertigte Verteuerung des für den Verbraucher wichtigsten Lebensmittels hintan zu halten?“

Staatsminister von Bodman führte dazu ungefähr folgendes aus: Es ist zutreffend, daß der Grundpreis für Brotgetreide, der Preis ohne die Frühbruchprämie aus der Ernte 1918 gegenüber dem Preis des Vorjahres erhöht ist. Diese trifft aber nicht den Verbraucher, denn diese Kosten werden auf die Meichstasse übernommen. Es schwächen nach Verhandlungen, daß auch für die selbstwirtschaftenden Kommunalverbände die Kosten auf die Meichstasse übernommen werden sollen, da die Kommunalverbände durch den Eingriff in ihre Selbstwirtschaft genötigt sind, für das abgelieferte Getreide neues Getreide aus dem Frühbruch zu erwerben. Die Erhöhung des Getreidepreises bringt eine Steigerung des Meichpreises um 1,75 M. für den Fennner mit sich, so daß die Preissteigerung bei dem Meinen Laib Brot von 1 1/2 Pfund auf höchstens 2 Pf. bei dem großen Laib Brot von 3 Pfund auf höchstens 4 Pf. nötig wird. Bei einer fünfköpfigen Familie beträgt der Mehraufwand infolge dieser Erhöhung im Tag höchstens 4 Pf. Erst wenn der Meichpreis der Meichstasse für das neue Wirtschaftsjahr endgültig festgesetzt ist, kann auch der Brotpreis endgültig festgesetzt werden. Die Erhöhung des Getreidepreises wurde notwendig, um einen Rückgang im Getreideanbau zu vermeiden. Man muß bei dieser Frage berücksichtigen, daß die Erzeugungskosten der Landwirtschaft gestiegen sind, und daß der Anbau anderer Getreidearten sehr größere Erträge abwirft. Sogar die Preisentwicklung in anderen Staaten an, so bemerken wir, daß hier eine sehr viel größere Preissteigerung vorliegt. So bedauerlich die Erhöhung des Brotpreises ist, so ist sie eben eine notwendige Folge des Krieges und muß in Kauf genommen werden.

Abg. Martin (Zentr.) stellte die kurze Anfrage, ob es richtig sei, daß auf Anordnung der Meichstastretreibe die Kommunalverbände mit Selbstwirtschaft ihre Getreidevorräte abzuliefern haben und dafür die Verforgung an Mehl für den Rest des Wirtschaftsjahres erhalten sollen?

Staatsminister von Bodman erwiderte darauf, es sei richtig, daß die Meichstastretreibe diese Maßnahme angeordnet habe. Die Kommunalverbände mit Selbstwirtschaft müssen ihre Getreidemengen ablefern. Zur Verweigerung der Ablieferung sind die Kommunalverbände nur hinsichtlich derjenigen Mengen berechtigt, welche sie zur Verforgung ihrer Bevölkerung bis 5. Juli benötigen. Ausdrücklich hat die Meichstastretreibe zugesagt, die abliefernden Kommunalverbände im Falle des Bedarfs rechtzeitig mit Mehl zu beliefern. Da die Meichstastretreibe die Vorräte nötig braucht, so geht es nicht an, daß die selbst wirtschaftenden Kommunalverbände ihr Getreide bis 15. August selbst verteilen. Später steht das Getreide aus dem Frühbruch und Getreide aus der Ukraine, Rumänien und Westasien zur Verfügung. Hierdurch wird die Meichstastretreibe genügend Getreide erhalten, damit sie auch die Verforgung der selbstwirtschaftenden Kommunalverbände übernehmen kann.

Sodann wurde die Weiterbesprechung des letzten Abschnitts der Regierungsentwürfe über

„Auch an mich ist jetzt die Reihe gekommen, einige Worte zu sagen, ihr Herren und Brüder“, begann er, „so hört denn, was auch ein alter Mann sagt. Kinder. Der Hetman hat weise gesprochen; als Führer des Kosakenheeres, der verpflichtet ist, den Besitz des Heeres zu hüten und zu bewahren, konnte er gar nichts Weiteres sagen. Das laßt euch zuerst gesagt sein. Jetzt aber hört, was ich euch weiter mitzuteilen habe. Und zwar muß ich euch folgendes sagen. Auch der Oberst Taras hat eine große Wahrheit ausgesprochen! Gott möge ihm ein langes Leben geben und möge es noch oft solche Obersten in der Ukraine geben! Die erste Pflicht und die höchste Ehre des Kosaken ist es, Waffenbrüderlichkeit zu halten. Solange ich auf der Welt bin, ihr Herren und Brüder, habe ich es noch nicht erlebt, daß der Kosak seinen Kameraden in Stich gelassen oder verraten hätte. Sowohl die einen wie die anderen sind unsere Kameraden; ob ihrer nun viele oder wenige sind, das ist ganz gleich, sie sind alle unsere Kameraden und uns alle gleich lieb und wert. Ich will also folgendes sagen: Diejenigen, denen die Gefangenen der Tataren besonders lieb sind, sollen sich an die Verfolgung der Tataren machen, die dagegen, denen die von den Polen Fortgeschleppten mehr am Herzen liegen, und die deren gerechte Sache nicht verlassen wollen, sollen hier bleiben. Der Hetman mag seiner Pflicht gemäß mit der einen Hälfte die Tataren verfolgen, die andere Hälfte aber soll sich unterdessen einen eigenen stellvertretenden Hetman wählen. Und für dieses Amt eignet sich, wenn ihr einem Brautlopf folgen wollt, niemand besser als Taras Bulba. — Es gibt keinen unter uns, der ihm an Mut und Tapferkeit gleich ist.“ So sprach Boudjug und verstummte; und alle Kosaken freuten sich, daß sie der Alte so auf den richtigen Weg gewiesen hatte. Alle warfen ihre Mützen in die Luft und riefen: „Dank dir, Vater! Du hast immer geschwiegen und geschwiegen, du hast lange geschwiegen und nun endlich hast du das einzig Richtige und Wahre gesagt. Du hast nicht vergebens erklärt, als du mit uns in den Feldzug zogst, daß du dem Kosakentum nützlich fönntest: Nun ist es wirklich so gekommen.“

„Seid ihr damit einverstanden?“ fragte der Hetman.

„Ja, wir sind Alle einverstanden“, riefen die Kosaken. „Die Versammlung ist also beendet?“ „Die Versammlung ist beendet“, riefen die Kosaken. „So vernehmt denn jetzt den Heeresbefehl, Kinder“, sagte der Hetman, trat vor und legte die Mütze auf und alle Saporoger, so viel ihrer da waren, nahmen die ihren ab und hörten ihn entzückten Staunes und mit zu Boden gesenkten Blicken an, wie es bei den Kosaken Sitte war, wenn einer der Ältesten sprechen wollte. „Jetzt teilt euch in zwei Teile, ihr Herren und Brüder. Wer gehen will, begehle sich auf die rechte Seite, wer bleibt, auf die linke. Gest: der größere Teil einer Abteilung mit, so folgt ihnen auch der Führer, ist es jedoch nur der kleinere Teil, so mögen sich die Uebrigbleibenden einer anderen Abteilung anschließen.“

Und alle teilten sich in zwei Gruppen und stellten sich teils auf die rechte, teils auf die linke Seite. Wohin sich der größere Teil einer Abteilung begab, dahin folgte auch der Führer: kleinere Teile schlossen sich an die größeren Abteilungen an. Und es stellte sich heraus, daß beide Gruppen fast gleich stark waren. Folgende Abteilungen hatten sich zum Bleiben entschlossen: beinahe die ganze Abteilung Mesamaisom, die größere Hälfte der Abteilung Popowitsch, die ganze Abteilung Uman und Kanow, und die größere Hälfte der Stabkischen und Tymoschewitschen Abteilungen. Die übrigen Abteilungen zogen es vor, die Tataren zu verfolgen. Auf beiden Seiten gab es viel tapferere und wackerere Kosaken. Unter denen, die beischlossen hatten, den Tataren nachzujagen, bränden sich: ein wackerer, alter Kosak, Tscherewaty, ferner Bokowpote, Lemitsch und Prokopowitsch Choma. Auch Demid Popowitsch hatte sich ihnen angeschlossen, denn er hatte eine recht hohe Meinung von sich und liebte es nicht, lange an ein und demselben Ort zu sitzen: er hatte sich nun mit den Polen gemessen, jetzt wollte er es wieder einmal mit den Tataren aufnehmen. Die Anführer der einzelnen Abteilungen waren folgende: Kostjuga, Kostjucha, Nemylchitski und noch viele andere wackerere und tapferere Kosaken, die Schwert und Kraft im Kampf gegen die Tataren erproben wollten.

(Fortsetzung folgt.)

Nr. fertige... der Erb... fiedene... sich mit... Jurus d... der Sch... zu essen... hand... 10 M... rungsp... Städte... tragen... trifft ab... abgeben... Redner... Hilfe... nicht... sollte m... literatur... vorgehen... sind drin... künft... bespricht... Staaten... das in... treibe u... Sachhalt... wäre es... (Zeden... Abg... auf dem... men. An... der Mill... (Nall.)... Die... füllen, so... den Ant... soll, für... weif hier... Abg... iden Nühn... damit zu... Vezier spr... machen... 60 bis 7... Ueberfüll... und verbi... aber auch... Staats... Kommunal... nung bin... Ich halte... bedeutend... sondern ni... Amtsverf... sie nach d... wurde aus... die Mehrz... herangebr... deren Fülle... entspricht d... he im. Die... in diesem... schaften un... unter einig... und den Se... Abhilfe, ge... sch wäre, d... haben wir... gesprochen... hier ist ein... auf diesem... Geh. F... weifung für... wenig Schla... nicht vollko... brauchs an... Abg... bundes und... mit dem We... dürfte moß... beschlagnahm... Staatsm... es notwendig... aufgetragen... messene Pre... Meichstastret... eine so groß... gahlen wir... Braubund ni... Selbstkosten... schlagungsgel... Abg. Ab... Kommunal... Abg. En... Auteilung vo... Verforgungsb... gewiesen sind... machte Ausf... Heibungs... fadenwertig... heraus. Das... niger für M... fordert zum... helle sehr teu... helle vorstell... Stoffe nach... mandertei B...

gegenteiligen... Bezüglich... Spanien... müße, um... entsprechend

ng. Juni. Kopf eröff... Bodman fol... kette für z e

Erhöhung... hinauf... hat die... vertigte... Ver... mittel?

er folgendes... für Brot... der Ernte... und... 335 M.,... die Drusch... nicht den... über... für die... auf die... un... ber... nötig sind... Frühlings... bringt eine... tennner mit... Brot von... fünf... hö... im Ge... ber... liegen sind... Erträge... Staaten an... steigerung... ist, so ist... Kauf ge...

es richtig... Kommunal... abzugeben... Rest des... f, es sei... angeordnet... müssen ihre... blieben... Mengen... erung bis... stelle ge... Bedarfs... stelle die... ist bewir... auf selbst... und Ge... zur Ver... Getreide... rtschaften...

Abfchnitt... anen.

er, " sagte... Capo... hörten... in Wälden... von Mehe... ihr Ger... die rechte... Teil einer... es jedoch... den einer...

sich teils... größere... Führer:... an... eich stark... den ent... größere... g Uman... hen und... zogen... gab es... eichlossen... waderer,...

und Pro... ihnen... von sich... u fügen... te er es... führer an... und tap... die La... g folgt.)

die Lebens- und Futtermittelversorgung

fortgesetzt. — Abg. Gertle (R. Vgg.) befragt die Notwendigkeit der Erhöhung der Getreidepreise und verbreitet sich über verschiedene andere landw. Fragen. — Abg. Mast (Zentr.) befragt sich mit der Lebensmittelversorgung in den Städten. Auf einen Jurist des Abg. Fischer (R. Vgg.) bemerkt der Redner: Wenn der Schleichhandel nicht wäre, hätten wir in den Städten genug zu essen und ebenso, wenn die Landwirte den Schleichhandel nicht unterstützen und Butter das Pfund zu 10 M. verkaufen würden. Kämen die Landwirte ihrer Ablieferungspflicht in vollem Umfange nach, dann hätten wir in den Städten keine Not. (Zustimmung und sehr richtig.) Die Städter tragen gewiß ein Schuld an dem Schleichhandel, die Hauptschuld trifft aber die Landwirte; sie sollten einfach nichts an die Städter abgeben, die zu ihnen kommen und sehr hohe Preise bieten. Der Redner befragt im folgenden die großen Preissteigerungen für Stoffe, Kleider, Schuhe usw. und erfragt die Regierung um Abhilfe. Mehr Reinlichkeit in den Lebensmitteln sei dringend erwünscht. Die Papiernot ist nach wie vor groß, zu ihrer Abhilfe sollte man die vielen Kriegszeitungen abschaffen, die Schundliteratur verbieten und gegen das Hamstern von Papier streng vorgehen. Die Jugendlichen-Zulagen an Milch und Hülsenfrüchten sind dringend erwünscht, weil sehr viele Stadtkinder keine Unterzucht auf dem Lande mehr finden.

Abg. Rahn (Soz.)

befragt u. a. die Kohlenlieferung. Während in anderen Staaten schon im Sommer Winterkohlen angeliefert werden, ist das in Baden nicht der Fall. Dem Hausbrand werden viele Vorteile unterstellt, die nicht dazu gehören. Dadurch werden die Hauskohlenspeicher in der Kohlenverwertung geschildert. Erwünscht wäre es, wenn den Ortskohlenstellen bestimmte Bezugsstellen (Zechen oder Großkohlenhandlungen) zugewiesen würden.

Abg. Welsch (Zentr.) befragt die Tätigkeit der Kommissionen auf dem Lande. Allzuwiele Kontrolle müsse die Landwirte verstimmen. In der ärztlichen Versorgung des Landes könnte mit Hilfe der Militärverwaltung mehr getan werden. — Abg. Ringwald (Natl.) befragt Fragen der Erntemittel.

Abg. Bestold (Soz.):

Die Landwirte, die ihre Pflicht in der Ablieferung nicht erfüllen, sollte man nicht in Schutz nehmen. Wir stimmen gegen den Antrag, nach welchem den Selbstversorgern gestattet werden soll, für ihren eigenen Bedarf Weizenmehl ausmachen zu lassen, weil hier die Gefahr des Schleichhandels eine zu große ist.

Abg. Rehm (Natl.) befragt die Eierablieferung der städtischen Hühnerhalter, denen man eine zu hohe Auflage mache und sie damit zum Aufgeben der Hühnerhaltung zwingt. In meinem Bezirk spricht man davon, daß die Kommissionäre hohe Gewinne machen. Ein Kommissionär soll bei der letzten Kirchenernte 60 bis 70 000 Mark verdient haben. Die Vorkosten der Ueberprüfungs-Kommunalverbände haben eine große Arbeit zu leisten und verdienen volle Anerkennung. Sie sollten diese Anerkennung aber auch in einer besonderen Vergütung finden.

Staatsminister von Bohman: Für die den Vorkosten der Kommunalverbände, den Gr. Amtsvorständen gesollte Anerkennung bin ich dankbar und ich schließe mich ihr vollinhaltlich an. Ich halte es aber nicht für richtig, daß die Amtsvorkosten für die bedeutende Mehrarbeit eine besondere Bezahlung erhalten, insbesondere nicht aus Mitteln des Kommunalverbandes. — Die Amtsvorkosten erfüllen nur eine Dienstpflicht und dafür werden sie nach den gesetzlichen Bestimmungen entlohnt. In einem Fall wurde aus der Mitte eines Kommunalverbandes mit der Bitte, die Mehrarbeit des Vorkosten zu vergüten, an das Ministerium herangetreten. Ich habe diese Bitte abgelehnt und werde in künftigen Fällen gleichermaßen verfahren. (Sehr richtig.)

Abg. Geiß (Soz.)

befragt die Fleischversorgung der Stadt Mannheim. Diese sei ungenügend. Die zugewiesene Fleischmenge sei in diesem Jahre noch nie voll angeliefert worden. Die Wirtschaften und Speisehäuser sind nicht in der Lage, ihre Gäste auch nur einigermaßen zu befriedigen und direkt auf das Gaststern und den Schleichhandel angewiesen. Redner bittet dringend um Abhilfe, setzt anstelle von Fleisch anzuweisen, wenn es nicht möglich wäre, der Stadt mehr Fleisch zuzuwenden. In unserem Antrag haben wir der Gr. Regierung nicht durchweg ein Mißfallen ausgesprochen, sondern nur auf dem Gebiet des Preiswunders und hier ist ein großer Teil der Bevölkerung mit uns der Ansicht, daß auf diesem Gebiet die Regierung nicht streng genug vorgeht.

Abg. Rat Dr. Schneider gab Aufschluß über die Viehzugweisung für Mannheim. Es sei nicht richtig, daß Mannheim zu wenig Schlachttvieh zugewiesen wurde. Aber die Lieferung wurde nicht vollkommen vollzogen. Eine bessere Kontrolle des Verbrauchs an den Schlachthäusern wird nötig sein.

Abg. Görtz (Zentr.) befragt die Tätigkeit des Bau- und seine Möbelvermittlung und wünscht Auskunft, was mit dem Meingewinn geschehe. Bei der Türschloßbeschlagnahme dürfte wohl nicht allzuviel herauskommen. Bei dem Ankauf der beschlagnahmten Gasthofmöbel kommen viel Mißstände vor.

Staatsminister von Bohman macht darauf aufmerksam, daß es notwendig sei, sich jeweils über die Legitimation des Best. Beauftragten der Reichsbeflehdungsstelle zu überzeugen. Angemessene Preise sollen bezahlt werden. Der Bauhand will die Möbelgeschäfte nicht schädigen. Die Nachfrage nach Möbeln ist eine so große, daß mancher den Möbelgeschäften höhere Preise zahlen wird. Von einem Gewinn von 30 Prozent kann bei dem Bauhand nicht die Rede sein, die 30 Prozent sollen nur die Selbstkosten decken und eine Rücklage für das Wagnis des Abzahlungsgeschäftes bilden.

Abg. Rheinhardt (Zentr.) befragt sich mit der Tätigkeit des Kommunalverbandes Wädlingen.

Abg. Engelhardt (Zentr.) bemerkt, auf dem Lande lasse die Zuteilung von Nahrungsmitteln sehr zu wünschen übrig, da auch dort Versorgungsberechtigte wohnen, die auf diese Lebensmittel angewiesen sind.

Abg. Strobel (Soz.)

mache Ausführungen über die Tätigkeit der Reichsbeflehdungsstelle und ihre Preisberechnungen. Die Nahrungsmittelverteilung und die Preise für Nahrungsmittel zur Kritik heraus. Das von der Reichsbeflehdungsstelle erlassene Verbot, weniger für Nahrungsmittel zu nehmen, als die Höchstpreise betragen, fordert zum Protest heraus; auch arbeite die Reichsbeflehdungsstelle sehr teuer. Die Regierung möge bei der Reichsbeflehdungsstelle vorstellig werden, daß sie nicht fertige Waren, sondern die Stoffe nach Baden liefert. Daraus werden der Bevölkerung mancherlei Vorteile erwachsen. Die Frauen z. B. wären in der

Lage, ihre Kleider, Mägen usw. selbst herzustellen. Unsere schlimmste Sorge ist die Säuglingswäcker; hier sollte die Regierung ein energisches Wort einlegen, damit wir nicht in Schwierigkeiten kommen.

Hier wird um 1 Uhr die Beratung abgebrochen. Morgen, Freitag, vormittags 9 Uhr Fortsetzung. Außerdem Gesetzentwürfe über die Fürsorge für die Gemeindebeamten und über die Hagelversicherung.

§ 137 des Schulgesetzes.

Die Schulkommission der Zweiten Kammer des Landtages schloß die Beratungen über den § 137 des Schulgesetzes ab. Sie nahm den Antrag, daß Absatz 1 des § 137 zu beanstanden sei, gegen die Stimmen der Nationalliberalen an, ebenso gegen die Stimmen der Nationalliberalen den Antrag, Absatz 2 des § 137. Der Antrag des Zentrums, den ganzen § 137 ohne jede Aenderung des Schulgesetzes aufzuheben, wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Rechtsstehenden Vereinigung abgelehnt. Der Antrag der Sozialdemokraten, die Gründung sämtlicher nicht-staatlicher Lehr- und Erziehungsanstalten nur auf Grund eines Gesetzes zu gestalten, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt. Der Antrag, daß das gesamte nicht-staatliche Lehr- und Erziehungswesen geschlecht neu geregelt werden soll, wurde einstimmig angenommen. Sämtliche Anträge der einzelnen Parteien und solche, die von Körperschaften gestellt wurden, wurden der Regierung als Material für eine dem Landtag vorzuliegende Denkschrift über die Neugestaltung der Verhältnisse bei den Volksschulen und den höheren Lehranstalten überwiesen. Die vorbereitende Arbeit soll dem zu diesem Zwecke zu erweiternden Landesschulrat übertragen werden.

Eine kurze Anfrage. Die Abgg. Böttger u. Gen (Soz.) haben in der Zweiten Kammer eine kurze Anfrage an die Regierung gerichtet wegen des infolge starker Einberufungen in Mannheim bestehenden Mangels an ärztlichem Bestande.

Aus den Landtagskommissionen. In der Sitzung der Kommission für Justiz und Verwaltung der Zweiten Kammer wurde zunächst das Gesetz über Ergänzung des Verwaltungsgebührengesetzes angenommen. Das Gesetz ermächtigt die Regierung, aus eigenem Recht Tagen einzuführen für behördliche Entscheidungen, wie sie sich aus der Gesetzgebung des Reiches während des Krieges häufig als notwendig erweisen. Die Ermächtigung der Regierung soll jedoch nach dem von der Kommission beschlossenen Zusatz zu der Regierungsvorlage mit dem Ende des zweiten Jahres nach Kriegsende außer Kraft treten. Weiter wurde beraten das provisorische Gesetz betr. die Fürsorge für Gemeinde- und Körperschaftsbeamte und deren Hinterbliebenen, das in der Ersten Kammer bereits angenommen ist. Das Gesetz, das Feuerungszuschläge zu den von der Fürsorgekasse gezahlten Ruhegehältern und Hinterbliebenenbeiträgen gewährt, wurde in der Sitzung der Ersten Kammer angenommen. Bezüglich einer Petition von badischen Gemeindebeamtenvereinen zu der geplanten, aber wegen des Krieges noch nicht möglich gewordenen Verbesserung des Fürsorgegesetzes für Gemeindebeamte beantragt die Kommission empfehlende Ueberweisung, da die darin geäußerten Wünsche als berechtigt anerkannt wurden. Die Petition der Konsumvereine um Gewährung einer Vertretung in den Handelskammern soll der Regierung zur Kenntnisnahme überwiesen werden. Der Antrag Kolb u. Gen., es soll eine Verringerung des Einkommensteuergesetzes beschlossen werden, daß das Dienstverdienst der Offiziere des Beurlaubtenstandes für gemeindesteuerpflichtig erklärt werde, wurde zurückgezogen und an seiner Stelle ein Antrag angenommen, die Regierung möge dahin wirken, daß die steuerlichen Vorrechte aller Offiziere beseitigt werden.

Der Kaliberbau in Baden. In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Zweiten Kammer gab Finanzminister Dr. Rheinboldt in längerer Darlegung Aufschluß über den heutigen Stand des Kaliberbaues. Erteilung von Konzessionen seien hier dem reinen Staatsbetrieb vorzuziehen. Die im Jahre 1912 an eine Berliner Firma erteilte Konzession ist bei 800 bis 1000 Mr. Tiefe im badischen Oberland fallständig geworden. Mit der Einlegung eines Schatzes muß selbstverständlich bis nach dem Kriege zugewartet werden. Der Ausschuß war allgemein der Ansicht, daß die Kaliberfrage weiterhin behandelt wird. Es soll versucht werden, auch im Unterland nach Kali zu suchen, aber auch wieder im Wege der Konzessionserteilung.

Die neuerschaffene Stelle eines Bundesratsbevollmächtigten, die erst jüngst vom Landtag genehmigt worden ist, ist dem Hilfsreferenten beim Ministerium des Innern, Regierungsrat Dr. Helm. Fecht übertragen worden, zugleich unter Verleihung des Titels und Ranges eines Ministerialrats. Ministerialrat Dr. Fecht wird in Berlin vor allem die Interessen des badischen Handels und der Industrie während des Krieges und während der Ueberleitung der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft wahrzunehmen haben. — Der bisherige Stellvertreter des deutschen Verwaltungschefs für Ballonien in Romur, Regierungsrat Dr. Fecht, Alex. v. Dusch ist zum Hilfsreferenten beim Ministerium des Innern ernannt worden.

Beseitigung der Offiziersvorrechte. Der Justizauschluß der Zweiten Kammer hat anstelle des zurückgezogenen Antrages der sozialdemokratischen Fraktion, wonach das Dienstverdienst der Offiziere des Beurlaubtenstandes für gemeindesteuerpflichtig erklärt werden sollte, einen Antrag angenommen, die Regierung möge dahin wirken, daß die steuerlichen Vorrechte aller Offiziere beseitigt werden.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Juni.

Am Bundesratsstische Freiherr von Langermann und Dr. Lenckamp, später von Bayer. Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 2.20 Uhr. Auf ein Glückwunschk Telegramm zum Regierungsjubiläum des Kaisers ist ein Danktelegramm eingegangen.

Nach Erledigung einiger Redemattersachen werden eine Reihe von Berichten des Ausschusses und Petitionen ohne Aussprache erledigt.

Bei der Petition eines Heilmagnetiseurs Weisenberg aus Berlin auf Entschädigung wegen erlittener Haft entscheidet die Kommission auf Ueberweisung als Material.

Abg. Gohn-Nordhausen (H. Soz.) beantragt, diese Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen, zumal sie für die Frage der Schutzhaft von prinzipieller Bedeutung sei. Es bleibt bei dem Antrag der Kommission. Es folgen Vorträge aus Handel und Gewerbe.

Diese werden ohne Aussprache nach den Vorlagen des Ausschusses erledigt.

Eine Mittschrift der Gesellschaft für soziale Reform auf Gehaltserhöhung der Privat-Angestellten bei der Vergebung von Staatsaufträgen wünscht, daß den kaufmännischen, technischen und Büroangestellten bei der Vergebung von Aufträgen eine Kriegsteuerzulage von mindestens 25 Prozent auf die zuletzt gezahlten Gehälter gewährt wird.

Abg. Sachse (Soz.): Der Staat soll nicht nur Musterbetriebe unterhalten, sondern auch Musterlehrer sein. Deshalb muß er die Interessen der Privatangestellten sichern.

Die Mittschrift wird als Material überwiesen.

Damit ist die Tagesordnung erschöpft.

Nächste Sitzung Freitag 2 Uhr. Anfragen, Friedensvertrag mit Rumänien, Etat des Pensionsfonds, Kapitalabfindungsgesetz und kleinere Vorlagen.

Schluß 4 Uhr.

Der Gesetzentwurf über die Steuerflucht.

Berlin, 19. Juni. (B.Z. Nicht amtlich.) Der Hauptauschluß des Reichstages beendet heute die erste Lesung des Gesetzentwurfes über die Steuerflucht. Der Ausschluß gab dem § 1 Abs. 1 folgende Fassung: „Angehörige des Deutschen Reiches bleiben, wenn sie ihren dauernden Aufenthalt im Inland aufgeben, der inländischen Steuerpflicht in Beziehung auf die Personalsteuern sowohl des Reiches wie der Bundesstaaten unterworfen. Die bundesstaatlichen Steuern sind in einem 2/3fachen Betrage zu erheben. Dreifünftel dieses Betrages sind nach näherer Bestimmung der Landesregierung für die Gemeinden (Gemeindeverbände) und Schulgemeinden zu verwenden; soweit in den Gebietsstellen einzelner Bundesstaaten eine besondere Gemeindefestsetzung nicht vorhanden ist, werden die bundesstaatlichen Steuern nur zum einfachen Betrag erhoben. Bisherige weitergehende und künftige landesgesetzliche Vorschriften jeder Art bleiben unberührt.“

§ 21 erhielt nachstehenden Wortlaut: „Auf Antrag erfolgt Freistellung von der nach § 1 begründeten Verpflichtung, wenn die Auswanderung im deutschen Interesse liegt, oder wenn die Ablehnung des Antrages eine außergewöhnliche Härte darstellte würde. Die Freistellung kann zunächst für einen längeren Zeitraum als den der Geltungsdauer dieses Gesetzes (die Vorlage sagte: „als den fünfjährigen Zeitraum“) erfolgen; eine Verpfändung zur Sicherheitsleistung besteht in diesem Falle nicht. Die Landesregierung bestimmt die Behörden, die über den Antrag zu entscheiden haben, und die zulässigen Rechtsmittel. Die Vordrücke des § 11 Satz 2 findet entsprechende Anwendung. Die Reichsbevollmächtigten für Zölle und Steuern sind zur Einlegung von Rechtsmitteln befugt und in jedem Rechtszug vor der Entscheidung zu hören. Die endgültige Entscheidung erfolgt durch den Reichsfinanzhof.“

Der Arbeitsplan des Reichstages. Der Aeltesterrat des Reichstages trat gestern vor Beginn der Vollversammlung zur Beratung des Arbeitsplanes für die nächsten Tage zusammen und einigte sich dahin: Heute, Freitag soll die erste Lesung des Friedensvertrages mit Rumänien erfolgen. Hierzu wird Staatssekretär von Kühlmann sprechen. Ob der Friedensvertrag mit den Zusatzverträgen ohne weitere Aussprache an den Hauptauschluß verwiesen werden wird, steht noch dahin. Außerdem sollen auf die Tagesordnung gesetzt werden der Haushalt des allgemeinen Pensionsfonds die Ergänzung zum Kapitalabfindungsgesetz, und der Entwurf betreffend Niedererschlagung von Untersuchungen gegen Kriegsteilnehmer. Diese Entwürfe werden den Reichstag auch noch am Samstag beschäftigen. Am Montag soll die zweite Lesung des Haushalts des Auswärtigen Amtes und der Reichskasse beginnen.

Die Umsatzsteuer. Der Hauptauschluß des Reichstages nahm gestern die Beratung des Umsatzsteuergesetzes wieder auf. Der Vorschlag, die inzwischen vom Unterhaus beschlossene Fassung als Unterlagen für die Beratung zu nehmen, wurde angenommen, jedoch nicht der Antrag, diese Beratungen bereits als zweite Lesung anzusehen. § 1, Absatz 1 der Regierungsvorlage unterwirft alle Lieferungen und Leistungen aus selbständiger, geschäftlicher und beruflicher Tätigkeit der Umsatzsteuer. In der früheren Beratung hatte der Ausschluß nur die geschäftlichen Lieferungen der Umsatzsteuer unterworfen unter Freilassung der Leistungen. Der Unterhausauschluß schlägt folgende Formulierung vor: Der Umsatzsteuer unterliegen die im Inland gegen Entgelt ausgeführten Lieferungen und sonstige Leistungen solcher Personen, die eine selbständige gewerbliche Tätigkeit mit Einschluß der Uerzeugung und des Handels ausüben. Die Steuerpflicht wird nicht dadurch berührt, daß die Leistung auf Grund gesetzlicher oder behördlicher Anordnung bewirkt wird oder Kraft gesetzlicher Vorschriften als bewirkt gilt. Diese Fassung erhebt der Hauptauschluß zum Beschluß unter sinngemäßer Abänderung der nachfolgenden Sätze des § 1.

Aus der Partei.

Aus den Organisationen. Die Kreisversammlung des Wahlkreises Essen tagte am Sonntag. Dem Geschäftsbericht ist zu entnehmen, daß die Entwicklung der Organisation, nachdem die ersten Spaltungswehen überwunden waren, sich langsam, aber stetig vorwärts bewegte. Die Zahl der männlichen Mitglieder, ohne die im Felde stehenden Genossen ist im letzten Jahre um über 300, auf 900 gestiegen. Die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt etwas über 300, die der Abkommen der „Arbeiterjugend“ 320. Das Parteiblat, die „Arbeiterzeitung“, hat sich im letzten Jahre gut entwickelt, es hat den höchsten Abonnementstand der Friedenszeit um mehr als 4000 überholt. Zur Beitragserschöpfung schlug der Vorstand vor, den Beitrag für männliche Mitglieder auf 70 Pf. den Monat festzusetzen, für weibliche Mitglieder auf 20 Pf. alle 14 Tage, das Eintrittsgeld auf 50 Pf. Die Konferenz ging über diesen Vorschlag hinaus, indem sie einstimmig den Beitrag für männliche Mitglieder auf 80 Pf. festsetzte. Ueber die politische Lage sprach der Sekretär der niederheinischen Bezirksleitung, Genosse Haberland-Barmen. Er unterzog die innere und äußere Politik einer scharfen Kritik, kam aber zu dem Schluß, daß bei dem Verhalten der Feinde Deutschlands und der Sozialisten der feindlichen Länder eine andere Taktik der Partei wie bisher einstweilen nicht möglich sei. Von einer Debatte über den Vortrag wurde Abstand genommen. Die Konferenz erklärte sich mit dem Beschluß einverstanden, den vor kurzem der Parteiauschuß zur politischen Lage angenommen hat.

Gagfeld, 20. Juni. Nächsten Sonntag, nachmittags 4 Uhr findet in der „Kanne“ eine Mitgliederversammlung statt. Die Mitglieder werden gebeten, pünktlich zu erscheinen, desgleichen sind auch die Volksgenossen freundlichst eingeladen.

Deutsches Reich.

Kapitalismus und Vaterlandsliebe.

Unter dem Titel „Macht und Freiheit“ hat der national-liberale Parteivorstand Dr. Gustav Stresemann Vorträge, Reden und Aufsätze aus den Jahren 1917 und 1918 herausgegeben. (Verlag Karl Marholt, Halle a. S.) Stresemann ist ein überaus geschickter politischer Wortführer und seine Parole „Macht und Freiheit“ wird nach dem Krieg starke Zugkraft haben. Die einzelnen Arbeiten, die er hier veröffentlicht, sind recht ungleich. So ist z. B. eine Napoleonsstudie ziemlich loienhaft und sagt nur schlechter daselbe, was lange vor diesem Krieg Kurt Eisner in seinem Buch „Das Ende des Reichs“ auseinandergesetzt hat. Aber in der Hauptfrage vertritt das Buch recht gewandt die Taktik der national-liberalen Reichstagsfraktion.

Um so auffällender sind zwei grobe Entgleisungen. Stresemann wirft der Sozialdemokratie vor, sie habe nicht den Mut zur eigenen Courage, weil sie nicht nach dem Sturz von Mischelichselb in die Regierung eingetreten ist; sie handle nur immer mit jedem Blick auf die Konkurrenz der Unabhängigen. Bei der Präsidentenwahl im Reichstag wird sich Herr Stresemann inzwischen überzeugt haben, wie unrichtig diese Behauptung ist. Und daß die Sozialdemokratie nicht in die Regierung Hertzog eingetreten ist, war sicherlich eine ihrer klügsten Entscheidungen in der Kriegszeit; sie hätte Prestige und viel andere, auch innerpolitisch im Wahlrechtskampf und im Ernährungsweisen unumgänglich bedürftigen — die Koalition wäre längst gesprengt.

Während Herr Stresemann sich so einen ganz unbegründeten Vorwurf gegen die Partei leistet, produziert er selbst den Satz:

„Alle Beschlüsse der Pariser Wirtschaftskonferenz schaden uns nicht so, wie diese sozialistischen Gedanken schaden würden, wenn man ihnen in Deutschland jemals nachgeben würde.“

So falsch wie das Deutsch dieses Satzes, so schuldig ist der Gedanke. Er erinnert lebhaft an Oldenburg-Januschows: „Wenn wir das gleiche Wahlrecht in Preußen kriegen, haben wir den Krieg verloren.“ Auch Herr Stresemann scheint nach diesem Satz der Sieg über die Staatswirtschaft wichtiger als der über die Ententemächte. Eine solche kapitalistische Blöde sollte sich ein kluger Politiker nicht geben, der das Hauptgewicht seiner Gründe aus dem Bereich des Nationalen herinnimmt.

Steuerreform in Bayern. Die Kammer der Abgeordneten nahm nach dreitägiger Debatte fast einstimmig die von der Regierung vorgeschlagene Reform der direkten Steuern in der Fassung der Ausschussbeschlüsse an. Neu eingeführt werden soll damit in Bayern eine eigene Vermögenssteuer, die entgegen dem Willen des Finanzministers auch auf Luxusgegenstände ausgedehnt werden soll. Die Reformfrage geht nunmehr an die Kammer der Reichsräte.

Landesverratsprozeß. In Gotha wurden im Frühjahr dieses Jahres mehrere Flugblätter von Mitgliedern einer Jugendvereinigung verbreitet. Solche Blätter lagen eines Morgens in größeren Mengen auf Straßen und Plätzen, vor Kasernen und Fabriken. Bereits vor einigen Tagen sind nun mehrere junge Leute vom Gericht in Gotha wegen dieser „Flugblattverbreitung“ zu Gefängnisstrafen verurteilt worden, und am 3. Juli sollen vor dem Reichsgericht in Leipzig eine Anzahl junger Leute, die über 18 und 20 Jahre alt sind, wegen Landesverrats in der gleichen Angelegenheit abgeurteilt werden, darunter einer, der von einer Munitionsfabrik vom Seeresdienst reklamiert ist. Der Jugendverein, dem die Beteiligten angehörten, ist jetzt von den „Unabhängigen“ gegründet worden zur Bekämpfung der alten Jugendorganisation. Er ist inzwischen besoldlich aufgelöst worden.

Die Christlichen gegen Giesberts. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ spricht sich in seiner neuesten Nummer mit aller Entschiedenheit für das gleiche Wahlrecht aus und nimmt dabei gegen einen Führer aus den eigenen Reihen, den Reichstagsabgeordneten Giesberts, Stellung. Der bekanntlich für zwei Zusatzstimmen, Alters- und Familienstimme, eintritt. Das Blatt verweist auf eine Entschlieung der Christlich-Nationalen Arbeitertagung in Essen und stellt fest, daß Giesberts zur gleichen Stunde in Saarbrücken in einer Massenversammlung ebenfalls entschieden für das gleiche Wahlrecht eingetreten sei, später aber in einem Berliner Blatte für die genannten zwei Zusatzstimmen sich ausgesprochen hat. Das „Zentralblatt“ erklärt: „Wir stellen ausdrücklich fest, daß mit dem ungetreuen Verhalten des Kollegen Giesberts in der preussischen Wahlrechtsfrage die christlich-nationale Arbeiterbewegung nichts gemein hat.“

Gegen die Besteuerung der alkoholfreien Getränke wendet sich eine Eingabe, die vom Armenamt, Jugendamt und Wohnungsamt sowie von 40 sozialen Vereinen, Gewerkschaftsverbänden und von etwa 40 Einzelpersonen aus Frankfurt a. M. an den Reichstag gerichtet worden ist. Die Petition führt aus, daß die geplante Besteuerung von Limonaden und Mineralwässern die Bekämpfung der Trunksucht gefährde und fordert aus sozialen, ethischen und gesundheitlichen Gründen: 1. steuerliche Freilassung der alkoholfreien Getränke, soweit diese nicht als Luxusgetränk angesehen sind, zum mindesten Steuerbefreiung für sie in gemeinnützigen Trinkhallen, im Straßenverkauf und in fabriks- und Militärkantinern verschänkten Mineralwässern und Limonaden; 2. Abzweigung eines anteiligen Verhältnisanteils an den Erträgen der Alkoholsteuer zu Zwecken der Bekämpfung des Alkoholmißbrauchs, zur Beilegung seiner Opfer und zur Behebung seiner Folgen. Die Unterzeichner der Eingabe erwarten vom Reichstag, daß seine Abgeordneten als Vertreter des gesamten Volkes den Ruf der Allgemeinheit über das Interesse der Alkoholverzeuger und Verbraucher stellen werden und die geplanten Getränkesteuern in der vorgeschlagenen Weise abändern zur Förderung des Wiederaufbaues unserer Volkskraft, zur Hebung der Volkssitte und schließlich auch zum Nutzen der Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen.

Frauenwahlrecht, Verhältniswahl, 1. Kammer.

(Schluß.)

Ich möchte mich schließlich noch zu den Anträgen wenden, die sich mit der

Zusammensetzung der Ersten Kammer befassen. Der Herr Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß wir der Ansicht sind, daß die Erste Kammer überflüssig ist, und ich will hier öffentlich auch wieder diese Ansicht vertreten. Wir haben zwar keinen entsprechenden Antrag gestellt, denn wir wissen, wie er in diesem Hause behandelt werden wird; wir würden dafür stimmen und außerdem noch die Demokraten, die übrigen Parteien aber würden dagegen sein. Ich glaube aber, auch hier wird die Zeit mit uns marschieren und sie ist schon, das möchte ich sagen, in gewissem Sinne mit uns marschiert, denn vor genau 20 Jahren hat, wie gefunden haben, daß die Stellungnahme, die das Zentrum hier im Plenum eingenommen hat, daß die Ausführenden des Herrn Abg. Dr. Schofer zu dieser Frage doch etwas anders gellungen haben, als das, was in der Kommission von seiten des Zentrums, insbesondere von seiten des Herrn Abg. Kopf ausgeführt worden ist. Der Herr Abg. Dr. Schofer hat gestern die problematische Seite der Erstigenberechtigung der Ersten Kammer viel mehr in den Vordergrund gestellt. Der Herr Abg. Dr. Schofer hat darauf hingewiesen, daß in dem Entwurf zur badischen Verfassung, den im Jahre 1818 Staatsminister Rebenus aufgestellt hat, lediglich eine Kammer vorgesehen war. Das beweist aber nach meiner Auffassung zweierlei. Es beweist nämlich einmal, daß die Forderung auf Abschaffung der Ersten Kammer nichts revolutionäres ist und nichts, was uns eigentlich als Sozialdemokraten eigen ist, sondern eine alte gut bürgerliche Forderung, die wir hier vertreten, weil die Bürgerlichen sie verlassen haben. Er beweist aber auch noch ein zweites, nämlich die Tatsache, daß eine Erste Kammer nicht unbedingt notwendig ist und daß das Verlangen auf Abschaffung der Ersten Kammer nicht staatsgefährdend sein kann; denn wenn ein Staatsminister selbst sich die badische Verfassung schon im Jahre 1818 ohne Erste Kammer vorstellen konnte, so ist heute, im Jahre 1918, 100 Jahre später, das Verlangen auf Abschaffung zweifellos nicht staatsgefährlich. Nun hat der Abg. Dr. Schofer von der Ersten Kammer gesprochen, indem er das Bild von der Bremse gebraucht hat, das im vorigen Landtag von dem Herrn Staatsminister in die Debatte eingefügt worden ist. Ich habe gestern schon in einem Zwischenruf gesagt: Wir wollen den Staatsbogen bergauf führen und brauchen deshalb keine Bremse. Wenn wir eine Bremse notwendig haben, so haben wir sie eigentlich schon auf jener Seite der Zweiten Kammer (zum Zentrum), denn Sie dürfen überzeugt sein, die Herren bremsen genug. (Heiterkeit. — Abg. Dr. Schofer: Wir haben auch schon geschoben, sonst wären Sie nicht hier drinnen! — Abg. G. e. d.: Der Herr Abg. Schofer!) Wenn Sie es nicht sind, wird es auf jener Seite des Hauses gemacht. (Zu den Nationalliberalen) Sie dürfen die Ueberzeugung haben: Gegenwärtig und auch in absehbarer Zukunft wird die Zweite Badische Kammer und wird die badische Regierung durch uns noch nicht so revolutioniert, daß eine Bremse notwendig ist, sondern bisher ist es immer hübsch langsam gegangen, und ich fürchte, daß es auch in der Zukunft immer so langsam gehen wird. Aber wenn wir jetzt wirklich die Verhandlungen der letzten Jahre betrachten: was hat die Erste Kammer in hervorragenden Dingen der Gesetzgebung notwendiges erreicht, das ohne die Erste Kammer nicht zustande gekommen wäre? In welcher Weise hat denn die Erste Kammer ihre Existenz bemüht, um Staatsnotwendigkeiten zu sichern, die etwa durch die Zweite Kammer gefährdet waren? Wer die parlamentarische Geschichte des badischen Staates in den letzten Jahren und Jahrzehnten betrachtet, wird sagen können, daß die Erste Kammer in Wirklichkeit nur Fortschritt verhindert hat, aber nicht Gefährlichkeiten, die die Zweite Kammer beschlossen hat, aus dem Wege geräumt hat, und ich bin deshalb der Auffassung, daß ein beratiger Vorwand, wie er in der Erste Kammer der Zweiten Kammer gestellt ist, nicht notwendig ist. Es scheint mir doch deshalb doppelt nicht notwendig zu sein, weil wir ja neben der Zweiten Kammer noch einen weiteren Faktor in der Gesetzgebung haben, der stets retardierend wirken kann und stets in der Lage ist, etwa staatsgefährliche Aktionen der Kammer zu verhindern. Wir haben einen Antrag nicht gestellt, weil wir wissen, daß er jetzt nicht angenommen wird, daß er jetzt ausichtslos ist, wir wollen aber die Forderung immer wieder aufstellen.

Wir haben auch noch eine weitere Forderung aufgestellt, die auch in der Kommission zur Sprache kam, aber leider auch nicht die Mehrheit gefunden hat: Das ist die Forderung nach Entfernung des Adels überhaupt aus der Ersten Kammer. Die Frage der Zusammensetzung der Ersten Kammer spielt ja in den Debatten eine erhebliche Rolle. Sowohl in der Kommission wie in diesem hohen Hause ist schon darauf hingewiesen worden, daß, als es sich darum handelte, den einen oder anderen Sitz in der Ersten Kammer neu zu gewähren, von allen Seiten ein gewisses Werttremmen nach solchen weiteren Sitzen in der Ersten Kammer entstanden ist. Ich kann mir eigentlich einen vernünftigen inneren Grund dieses Werttremmens nicht denken. Aber gerade im Hinblick auf dieses Werttremmen erscheint es mir angebracht, Eines darüber zu sagen, daß wir überhaupt Gegner einer solchen Vertiefung des Einflusses der Ersten Kammer sind. Ich habe deshalb gar keine Veranlassung, die Anträge, welche auf Neubelebung der Ersten Kammer abzielen, zu begrüßen, sondern ich muß sagen, daß ich allen diesen Anträgen sehr bedenklich gegenüberstehe und daß es mir viel vernünftiger erscheint, hier durch Abschaffung der Ersten Kammer radikal zu reformieren, als die Erste Kammer neu zu beleben. Wir haben deshalb alle diese Anträge nicht begrüßt und können unsere Zustimmung nicht geben.

Einzig zugestimmt haben wir dem Antrag auf Einfügung von Vertretern der Arbeiter in die Erste Kammer. Ich habe mich auch schon in der Kommission über diese Frage äußern ausgesprochen, ich betrachte diese Frage auch sehr nüchtern; denn ich habe die Ueberzeugung: Es ist zwar gut, wenn zwei Arbeiter in die Erste Kammer hineinkommen, es wird damit lediglich etwas erfüllt, was schon bei der Verfassungsänderung im Jahre 1904 vorgesehen war; aber ich habe weiter auch die Ueberzeugung, daß diese zwei Arbeiter in der Ersten Kammer keine Bäume ausreifen werden. Der Einfluß, welcher der Arbeiterschaft gebührt, wird in ihr in gar keiner Weise dadurch gebracht werden, daß man nun in den Korpern der Ersten Kammer diese zwei Rechte setzt. Aus den dargelegten Erwägungen werden wir für diesen Antrag sein, versprechen uns aber nicht allzu viel davon, daß diese zwei Arbeiter in die Erste Kammer hineinkommen.

Wiel wichtiger scheint es uns, daß man die Vertretung des Adels in der Ersten Kammer abschafft. Denn, ich will

es offen sagen: Nach meiner Auffassung hat der Adel heute nicht mehr das geringste Recht darauf, in der Ersten Kammer überhaupt eine Vertretung zu haben. Ich habe hier eine Ueberfahrt über die Zusammensetzung der Ersten Kammer; darin finde ich sechs Standesherrn und 8 gewählte Vertreter des Adels, die in der Ersten Kammer sitzen. Nun wird davon gesprochen, daß man, um, wie von einer Seite gesagt wurde, die geschichtlichen Zusammenhänge zu wahren dem Adel eine gewisse Vertretung in der Ersten Kammer lassen sollte und die Nationalliberalen haben deshalb auch nur beantragt, die Zahl der gewählten Adeltigen zu vermindern, wobei sie eine Ziffer nicht genannt haben. Es ist ein schönes Wort, daß man „nicht geschichtslos sein“, daß man „geschichtliche Zusammenhänge wahren“ solle. Es gibt keine historischen Rechte, es gibt keine politischen Rechte, die ewig und unabänderlich bleiben müssen, sondern alle Rechte richten sich nach der Zeit und richten sich nach den Verhältnissen und wenn diese Verhältnisse, wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse, wenn der Untergrund und die Grundlage dieser Rechte sich ändert, dann müssen eben auch die Rechte fallen. Gewiß verkenne ich nicht, daß der Einfluß des Adels in Baden und insbesondere in Deutschland auch heute noch groß und viel zu groß ist, aber er entspricht nicht der wirtschaftlichen und politischen Bedeutung des Adels. Seiner wirtschaftlichen, politischen und sozialen Bedeutung entspricht es nicht, heute noch 7 geborene und 8 gewählte Vertreter in der Ersten Kammer zu haben. Wenn man danach die Zahl der Arbeitervertreter bemessen wollte, müßten Sie gegen (Sehr richtig!), dann müßten es mehr sein als die ganze Erste Kammer an Abgeordneten enthält. (Sehr gut!)

Betrachten wir uns einmal diese geborenen Vertreter des Adels in der Ersten Kammer — wobei ich natürlich gegen die Verantwortlichkeit dieser Herren nicht das mindeste sagen will; ich kenne die Herren nicht und habe die Ueberzeugung, daß sie ihr Bestes einsehen — aber betrachten wir uns doch einmal diese Bremse am Staatsbogen, diese Herren, die man uns als Vorwände gegeben hat.

Seine Durchlaucht der Fürst von Fürstenberg (Zurufe: Kommt nie!) Er ist jetzt nie in der Ersten Kammer; er nimmt bei uns in Baden sehr wenig Anteil an dem Verfassungsleben, an dem öffentlichen Leben. Er ist ja gebürtig: Er ist auch in Preußen in der Ersten Kammer Gesetgeber, er ist Gesetgeber in Oesterreich in der Ersten Kammer. In welcher Situation soll er beispielsweise jetzt kommen, wo die Verhandlungen zwischen Oesterreich und Deutschland wegen der wirtschaftlichen Annäherung schweben. Soll er da etwa den deutschen, oder soll er den österreichischen Standpunkt wahrnehmen? Oder soll er, wenn er in Deutschland, etwa in der Badischen Ersten Kammer ist, den deutschen und wenn er im österreichischen Herrenhaus ist, den österreichischen Standpunkt wahrnehmen? Daß dieser Internationalismus des Adels zu unheilvollen Zuständen führen muß, werden Sie an diesem schlagenden Beispiel sehen.

Dann kommt Seine Durchlaucht Fürst Emich zu Leiningen. Er wohnt in Amorbach in Bayern. Fürst Erwin von der Leyen wohnt in Schloß Waal bei Augsburg, besitzt in Baden zwar Güter, die er aber nicht selbst bewirtschaftet, sondern die er durch Pächter bewirtschaften läßt. Worin besteht der Zusammenhang dieser Herren mit den badischen Verhältnissen und was gibt ihm außer dem Umstand, daß er zufällig von seinen Ahnen diese badischen Güter geerbt hat, was gibt ihm das Recht, teilzunehmen an dem badischen Verfassungsleben? (Sehr gut!)

Seine Durchlaucht Prinz Alfred zu Löwenstein und Seine Durchlaucht Fürst Alois zu Löwenstein sind jetzt in militärischen Diensten und nehmen deshalb an den landständischen Verhandlungen nicht teil. Seine Erlaucht Graf Emich zu Leiningen-Willigheim, wohnt nach den Aufzeichnungen der Ersten Kammer in Rom, Corso Vittorio Emanuele 200 (Heiterkeit). Um dem Herrn kein Unrecht anzutun, habe ich mich erkundigt, ob das nicht die alte Aufzeichnung ist. Man hat mir mitgeteilt, daß tatsächlich dieser Abgeordnete noch in Rom weilte und überhaupt nur geborene deutsche spricht. Das sind die Herren, die geborene Vertreter sind. Fünfhundert Bürger wählen einen Abgeordneten zur Zweiten Kammer und jeder dieser 6 Herren hat so viel Recht wie fünfhundert badische Bürger. Das muß gegenüber der Bürgerschaft aufreizend wirken und ich halte es für ein außerordentliches Unrecht, daß man diesen Herren die historischen Rechte und ihre Privilegien läßt. Und wenn man diese badische Geschichte der letzten hundert Jahre betrachtet, wird man auch manchen dieser Namen vermissen, und wenn man insbesondere die badische Geschichte im Jahre 1870 betrachtet, dann wird man finden, daß einer dieser Herren eine Rolle gespielt hat, die nicht als — ich möchte sagen „deutsch“ in dem Sinne, wie wir es heute betrachten und „großdeutsch“, wie man das früher genannt hat, im höchsten Maße gewesen ist. Aber ich will nicht auf frühere Zeiten eingehen, sondern ich will lediglich die jetzigen Zeiten betrachten, und da muß ich sagen: Ich halte es für unrecht, daß lediglich deswegen, weil die Herren als Söhne eines Fürsten geboren sind, sie geborene Gesetgeber sind.

Es ist es mit der Vertretung des Grundadels. Auch er hat heute nicht mehr die Bedeutung, daß man ihm acht Vertreter in der Ersten Kammer zubilligen kann, und ich bin der Auffassung, daß, wenn man schon nicht entsprechend unserem Wunsch, die Vertretung des Adels nach unserem Antrag beseitigt, daß man dann mindestens dem national-liberalen sanften Antrag zustimmen muß, daß die Vertretung des Adels in der Ersten Kammer gemindert werde. Auf der anderen Seite bin ich der Meinung, daß die Zweite Kammer jetzt die Pflicht hat, Mannheim den weiteren Vertreter zu gewähren, von dem schon bei der Verfassungsänderung im Jahre 1904 die Rede gewesen ist. Soviel zur Aenderung der Ersten Kammer.

Wir werden demnach den Kommissionsanträgen zustimmen. Aber den Anträgen der Nationalliberalen und des Zentrums, soweit sie die Verstärkung der Ersten Kammer betreffen, werden wir nicht zustimmen, sondern lediglich den Anträgen, wie sie aus der Kommission herausgekommen sind.

Ich will noch ein Wort sagen bezüglich der Vertretung des Erzbischofs und des evangelischen Prälaten. Wir sind und waren von jeher bereit, dieser Forderung nach Vertretungsmöglichkeit zuzustimmen. Denn wir sehen nicht ein, warum die Herren Standesherrn sich vertreten lassen können, aber nicht der Erzbischof. Ich bin der Meinung, daß man dem Erzbischof und auch dem evangelischen Prälaten, wenn er es wünscht, das gleiche Vertretungsrecht zubilligen muß, wie den Standesherrn.

Wir werden den Anträgen zustimmen, soweit nicht das Frauenwahlrecht in Betracht kommt. Sie bringen etwas — es geht ihnen wie anderen Kommissions- und Kompromißanträgen. Wir werden den Anträgen zustimmen, aber durch unsere Zustimmung werden wir unsere weitergehenden Wünsche nicht auf, sondern

Wir werden... Vorbringen... über die... bringen.

Wir werden... Vorbringen... über die... bringen.

Wir werden... Vorbringen... über die... bringen.

Wir werden sie hochhalten und bei geeigneter Gelegenheit wieder vorbringen. Wir werden das Frauenstimmrecht wieder verlangen, wir werden die Abschaffung der Ersten Kammer wieder verlangen und bezüglich der Zweiten Kammer nicht nur eine Ausdehnung des Wahlrechts für die Frauen, sondern auch für männliche Wähler. Man hat vor dem Kriege gelacht, als wir verlangten, daß das Wahlrecht ausgedehnt werde auf alle Männer und Frauen, soweit sie das 20. Lebensjahr erreicht haben. Man hat gelacht, daß wir gewissermaßen das Sänglingswahlrecht einführen wollten. Und heute: Das ruhige bedachtame England hat für alle Soldaten, die am Kriege teilgenommen haben, sobald sie volljährig geworden sind, das Wahlrecht zum Parlament eingeführt und mit Recht; wenn man verlangt, daß der mündige Staatsbürger sein höchstes, sein Leben dem Staat opfert, muß man ihn auch politisch für mündig erklären und ihm das Recht geben, mitzutaten und mitzutun an den Geschicken des Staates. Ich habe die Heberzeugung, ebenso wenig wie das englische Reich oder Italien, wo man ebenfalls den Soldaten von 20 Jahren an das Wahlrecht gegeben hat, ebenso wenig wird Baden zugrunde gehen, wenn man dieses weitergehende Wahlrecht einführt. Ich kann nur sagen, alle diese Wünsche, die wir haben, scheinen vielleicht im Augenblick umstürzend, aber die Zeit fördert sie, und ich habe die Heberzeugung, alle diese Wünsche werden durchgeführt werden, und ihre Durchführung wird nicht einen Vorteil für unsere Partei, sondern für unser badisches Volk und den badischen Staat bringen. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten.)

Baden.

Die Erhöhung des Brotpreises

bildete den Gegenstand einer kurzen Anfrage, die der fort-schrittliche Abgeordnete Wassa in der gestrigen Sitzung des Landtags an die Regierung richtete. Der Staatsminister künfte in der Beantwortung der Anfrage mit, daß infolge der Erhöhung des Getreidepreises der Mehlpreis um 1,75 Mk. steigen werde, was dann eine Erhöhung des Brotpreises von 1 1/2 bis höchstens 2 Pfg. bei dem Kleinen Laib Brot und um höchstens 4 Pfg. beim großen Laib Brot bringen würde, eine fünfköpfige Familie hätte also infolge dieser Erhöhung einen täglichen Mehraufwand von höchstens 4 Pfg. Die Erhöhung des Getreidepreises sei notwendig geworden, um einen Rückgang im Getreidebau zu vermeiden, es müsse berücksichtigt werden, daß der Anbau anderer Feldfrüchte sehr viel größere Erträge abwerfe. So bedauerlich die Erhöhung des Brotpreises ist, so schloß der Minister, so ist sie eben eine notwendige Folge des Krieges und muß in Kauf genommen werden.

Wir finden, der Herr Minister hat sich die Beantwortung der Anfrage sehr leicht gemacht. Wohl stimmt es, daß allerdings 4 Pfg. im Tage kein übermäßig hoher Betrag sind, obgleich in den heutigen Zeiten eine Familie mit jedem Pfennig rechnen muß. Aber der Minister wird so gut wissen wie wir selbst, daß es bei den 4 Pfg. Brotpreiserhöhung allein nicht bleiben wird, daß nun automatisch auch die Preise für die anderen Lebensmittel steigen werden. Auf das Brot folgen die Kartoffeln, dann die Milch, das Fleisch, das Obst, Gemüse usw., ist es doch die übliche Methode unserer Agrarier: die Erhöhung des Preises des einen Produkts macht unbedingt die Erhöhung des Preises der anderen Erzeugnisse notwendig, damit der Anreiz wegfällt, das eine höher bezahlte anzubauen zum Schaden des andern niedriger bezahlten. Das ist eben die Folge der Nachsicht, die unsere beherrschenden Stellen von Anfang an den hohen Preisforderungen der Interessenten gegenüber gezeigt haben. Eine Preiserhöhung hat die andere zur Folge. Die Erklärung der Regierung, sie hätte sich nur umgern der Erhöhung des Getreidegrundpreises angeschlossen, ist ein billiger Trost. Wir sind überzeugt: Gätten die süddeutschen Regierungen sich mit derselben Energie gegen die neuerlichen Forderungen der preussischen Agrarier — denn diese sind doch die eigentlichen Preistreiber — gewandt, wie es die Finanzminister gegenüber den Eingriffen des Reichstags in die bundestaatliche Steuerhoheit betr. direkte Steuern getan haben, so hätte sich vielleicht die neuerliche Schröpfung des Volkes doch vermeiden lassen. Aber man hat eben scheinbar nur Courage gegenüber dem Reichstag, gegenüber den preussischen Junkern bringt man den nötigen Mut nicht mehr auf. Man fragt

sich nur, wie das noch enden soll. Darüber macht man sich „oben“ scheinbar keine Gedanken. Borerst hat man ja den Belagerungszustand und die Penjur. Und was später kommen wird? Nach uns die Sintflut!

r. Durlach, 20. Juni. Heute früh gegen 1/4 Uhr ist in der Schreinerei des Herrn Karl Frohmüller in der Gartenstraße hier ein Brand ausgebrochen, der durch die dort gelagerten Holzvorräte, und namentlich auch solcher in fertig und halbfertig bearbeitetem Zustande reichliche Nahrung erhielt, so daß das ganze Anwesen einschließlich der zwei Seitenbauten bis auf den Grund niederbrannte. Die Feuerwehre mit der Hilfsmannschaft sowie die Jugendwehr und Militär waren alsbald zur Stelle, und suchten das Umsichgreifen des Feuers zu verhindern und auf seinen Fortschritt zu beschränken, was aber eine mehrstündige Arbeit erforderte. Wie hoch der Brandschaden ist, ist bis jetzt noch nicht bekannt, er dürfte aber bedeutend sein, da neben den Gebäuden und Holzvorräten auch Maschinen und Werkzeuge vernichtet wurden. Die Entstehungsurache ist noch nicht bekannt.

* Mastatt, 20. Juni. Kaplan Gottfried Eisele, der als Kommandanturparrer im Felde stand, stürzte am Dienstag mit dem Pferde und starb an den dabei erlittenen Verletzungen.

* Pflittersdorf bei Mastatt, 20. Juni. Ein roher Durstige schmitt einer Kuh des Natzscheibers eine Zitze ab.

r. Gaggenau, 21. Juni. Wir weisen nochmals hin auf den am Sonntag, den 23. Juni, abends 8 Uhr im Saal „Griener Hof“ stattfindenden Vortrag des Herrn Dr. Bittel aus Karlsruhe über Volks- und Kriegerheimstätten. Der Vortrag wird auch die neuesten Maßnahmen und Forderungen, welche auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge in Baden ergriffen worden sind, erörtern. Die verschiedenen Organisationen der Wohnungsfürsorge, wie die Wohnungsstiftung, die badische Heimstätten-Gesellschaft usw. werden besprochen werden. Vor allem wird auch über die Absichten und Organisation der Heimstätten-Gesellschaft Gaggenau Auskunft gegeben und werden die Wege zur Lösung der Wohnungsfrage in Gaggenau eingehend besprochen werden können. — Bei der Wichtigkeit der Veranstaltung ist ein zahlreicher Besuch zu erwarten.

* Schwanau, 20. Juni. Einem Brand fiel ein Teil des Anwesens des Meßgers Gutmann zum Opfer.

Aus der Welt.

* Karlsruhe, 21. Juni.

Zurück in die Heimat.

Nach den deutsch-französischen Vereinbarungen über Gefangenenerfragen sollen, wie aus Berlin berichtet, wird die vor dem 12. April 1918 in der Schweiz internierten deutschen Kriegsgefangenen in die Heimat zurückgeführt werden, ebenso sind sämtliche in der Schweiz internierten Zivilpersonen frei zu lassen. Die Ausführung dieser Bestimmungen hat nunmehr begonnen. Heute hat der erste Zug mit deutschen Internierten die Schweizer Grenze überschritten und ist in Konstanz eingetroffen. Leider haben bahntechnische Schwierigkeiten den Beginn dieser Transporte verzögert, doch sollen sie nun in regelmäßigen Zugfolgen gehen und in etwa vier Wochen beendet sein. So werden 200 deutsche Offiziere und 6000 Kriegsgefangene und 1000 zivilinternierte der Heimat wiedergegeben. Im Anschluß an die Rückführung der Schweiz beginnt voraussichtlich im August die Internierung der 18 Monate kriegsgefangenen Offiziere in der Schweiz und die Entlassung der mehr als 18 Monate gefangenen Unteroffiziere und Mannschaften, sowie der zivilinternierten in die Heimat. Voraussetzung ist allerdings, daß die französische Regierung bis dahin eine entsprechende Anzahl von Geiseln herausgegeben hat, für deren Zurückhalten seinerzeit 1000 Geiseln aus den besetzten Gebieten Frankreichs nach Dolomiten und Wilna verbracht worden waren. Hierüber schweben zurzeit noch Verhandlungen.

Höchstpreise für Bündelholz. Das bad. Landespreisausschuss hat Höchstpreise für Bündelholz festgesetzt und zwar für solches zwischen 20 und 25 Zentimeter Länge bei freier Lieferung ins Haus je nach dem Durchmesser auf 36 bis 62 Pfg. und bei einer Länge von mehr als 25 Zentimeter auf 43 bis 75 Pfg. Für Bündelwellen von 90 bis 100 Zentimeter

meter und 20 bis 25 Zentimeter Durchmesser beträgt der Höchstpreis 1.25 Mk.

Landtagswähler

der Weststadt, Mühlburg, Grünwinkel u. Daglanden. Der Kandidat des 43. Landtagswahlkreises, Rechtsanwalt Weismann spricht am Samstag, den 22., abends 1/9 Uhr in Mühlburg im „Hirsch“, am Sonntag, den 23., nachmittags 1/3 Uhr in Daglanden im „Karlsruher Hof“, am Sonntag, den 23., abends 6 Uhr in Grünwinkel in der „Neuen Wacht“, am Montag, den 24., abends 1/9 Uhr in der Weststadt im „Württembergischer Hof“ über

„Die politische Lage in Baden“.

Wir erjuchen um starken Besuch dieser Versammlungen. Das Wahlkreis Komitee.

Ergänzung des Bürgerausschusses. Für den aus Gesundheitsrücksichten aus dem Bürgerausschuss ausgeschiedenen Stadtverordneten Herrn Buchdruckermeister Ferdinand Thiergarten wird Herr Baunternehmer Benedikt Pfisterer in Stadtteil Daglanden als nächster der gleichen Wahlvorschlagsliste angehöriger Bewerber der Nationalliberalen Partei zum Stadtverordneten mit Amtsdauer bis zu den nächsten Erneuerungswahlen berufen.

Beamtenbeleidigung. Gegen einen hiesigen Kaufmann, der zwei Schaffnerinnen der städtischen Straßenbahn in Ausübung ihres Dienstes beschimpft hat, wird auf Beschluß des Stadtrates bei der Gr. Staatsanwaltschaft Antrag wegen Beamtenbeleidigung gestellt.

Abgefagter Vortrag. Der von der Zentralstelle für Textilindustrie angekündigte Vortrag für Samstag, 22. Juni, abends 8 Uhr, im großen Saal des Rathauses, mußte wegen Erkrankung des Referenten der Reichsbelebungsstelle abgeseigt werden.

Fußballwettkämpfe. Die Spiele des vergangenen Sonntags hatten folgende Ergebnisse: Reiertheim gewinnt gegen Mühlburg 2 zu 1 und wird Bezirksmeister in Klasse A. Konfordia schlägt Anielinger Fußballverein 2 zu 0 und wird Bezirksmeister in Klasse B. B. f. B. und Phönix spielen unentschieden 2 zu 2. Phönix 2 gewinnt gegen B. f. B. 2 5 zu 1 und wird Bezirksmeister in Klasse A/2. B. f. B. 3 — Phönix 3 1 zu 0.

Unfall. Auf einem hiesigen Spielplatz hängte sich ein 6 1/2 Jahre alter Knabe an eine in Bewegung befindliche Schaukel, wurde beim Zurückfahren der Schaukel am rechten Fuß erfaßt, fuß Boden gemorren und erlitt einen Oberschenkelbruch. Der Knabe wurde nach Anlegung eines Notverbandes mittels Krankenautos nach dem städt. Krankenhaus verbracht.

Zur Anzeige gelangte ein hier wohnhafter Kuffeher, weil er in Mastatt heimlich ein Schwein schlachtete. Das aus der Schlachtung herrührende Fleisch wurde beschlagnahmt.

Vereinsanzeigen.

- Karlsruhe. (Verein der Naturfreunde.) Samstag, 22. Juni Nachtour. Abfahrt 8.40 abends, Mühl, Oberthal, Gertelsbach, wasserfälle, Sand, Gerrenwies. Naturfreunde heraus! 3885
- Reiertheim. (Deutscher Metallarbeiter-Verein.) Samstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, im „Reiertheimer Hof“ Mitglieder-versammlung. 3886
- Gaggenau. (Sozialdemokratischer Verein.) Sonntag, 23. Juni, nachmittags 4 Uhr, in der „Kanne“ Mitglieder-versammlung. Volksfreundleser sind dazu eingeladen. 3888

Wasserstand des Rheins.

Schutterinsel 2,82 Meter, gef. 3 Zentimeter, Neß 3,22 Meter, gef. 5 Zentimeter; Maxau 4,71 Meter, gef. 11 Zentimeter; Mannheims 3,83 Meter, gef. 20 Zentimeter.

Verantwortlich: Für den redaktionellen Teil Hermann Kober; für den Inseratenteil Gustav Krüger, beide in Karlsruhe, Poststraße 24

Gegen die Portugiesen.

Aus einem Feldpostbriefe.

Es waren aufregende Tage, voller Enttäuschung für uns, weil wir uns vorher zu sehr getraut hatten auf den kommenden Bewegungskrieg! Wir sollten uns aber nicht zu sehr „heben“. Raten möchte ich euch dabei, auch mal an die zu denken, die nicht in der Mitte der Angriffsfront kämpfen und vorwärtskommen. Ihr leßt am liebsten von neu eroberten Dörfern und Städten. Die schwerste Aufgabe haben nach unserer aller Ansicht — wir haben an eigenen Leibe verpiert — die Flügeldivisionen. Ja, die ersten Angriffstage gehts auch an den Flügeln vorwärts. Aber dann heißt es, die Stellung halten. Was das bedeutet, weiß nur der, der dabei war. — Wenn die befohlene Linie erreicht ist, hat das Stücken vorläufig ein Ende: Der Stellungskrieg beginnt wieder. Nun stelle Dir vor, einige Kilometer weiter zurück sind die Heiberkeittigen, seit 3 Jahren ausgebauten Gräben geblieben, die Geschütze stehen noch! Naturgemäß richtet der Gegner seine größte Aufmerksamkeit auf die Flankenstellungen. Denn, wenn er hier durchbricht, ist der Erfolg in der Mitte geföhrt. Der Zustand wird von uns in den Worten zusammengefaßt: „Nahelber aus dem Stellungskrieg, Unterflände aus dem Bewegungskrieg.“

Die Ueberwältigung war uns damals vollkommen gelungen. Der Aufmarsch vollzog sich, ohne daß der Feind etwas merkte. Erst in der letzten Nacht rückten wir nach vorn. Ich kannte über die Geschützmassen, die hier aufgebaut waren. Die „Feuerwalze“ wirkte fürchtbar. Die englische bzw. portugiesische Gegenwirkung war gleich Null. — Ueber das Gelände haßt Du schon in den Zeitungen genug gelesen, „obwohl ich mir diese Schilderung sparen kann. — Die portugiesischen Gräben waren sorgfältig angelegt, natürlich Sandackstellungen. Unterflände sind auch aus Sandböden gebaut und bieten nicht die geringste Deckung. An den Stellen, die von der Feuerwalze geföhrt wurden, war alles weggeföhrt. Ich habe bis jetzt noch nicht ein solch fürchtbares Bild der Verwüstung gesehen. Keine Spur eines früheren Grabens war mehr zu erkennen. Die Drahtbinder-

nisse waren völlig verschwunden. Die Batteriestellungen der Portugiesen waren wie umgepflügt. Alles Leben muß in diesem Granatengal aufhören. Richter aller Kaliber reichten sich aneinander, vom leichten Feldgeschütz bis zum schwersten Stillschütze.

Unser Angriff machte gute Fortschritte. Der Kampf stand schon vollkommen im Zeichen des Bewegungskrieges. Gefangene kamen zurück, Engländer und Portugiesen, beide aber getrennt voneinander, die Portugiesen fröhlich und lachend, die Engländer mit verbissenen trögigen Gesichtern. Die der Infanterie zugeleiteten Begleitbatterien rückten weiter nach vorn. Die Straßen wurden schleunigst ausgebessert. Kolonnen standen kurz hinter der ersten deutschen Linie bereit, sofort vorzufahren, wenn die Wege fertig waren. Schon nachmittags des ersten Angriffstages konnte die erste Feldbatterie das Trichterfeldgelände passieren.

Der Nebel verhinderte die Flieger-tätigkeit. Als es aber mittags richtiger wurde, herrschte auch schon reger Fliegerbetrieb. In unserem Abschnitt wurde ein englisches Beobachtungsflogzeug abgeschossen. Brennend stürzte es ab. Es bleibt immer ein aufregendes und zugleich schauerlich-ichönes Schauspiel, zu sehen, wie sich ein so großer Vogel immer tiefer fallen läßt, wie allmählich die Feuerflammen herauschlagen und er dann mit großer Wucht auf der Erde aufschlägt, um dann ganz zu verbrennen. — Am folgenden Tag konnten wir beobachten, wie sich aus zwei deutschen Fesselschallons die Beobachter mittels Fallschirms herabließen. — Bis jetzt waren die Flieger nur in mond hellen Nächten an der Arbeit. Wie erstaunt wir aber, als wir plötzlich „pät“ abends über dem ganzen Gelände Leuchtflugeln oder besser Leuchtfeuer schweben sahen, die die Gegend taghell erleuchteten. Sie bleiben eine Viertelstunde in der Luft stehen und lassen dem feindlichen Flieger, der sie abwart, den Verkehr auf den Straßen deutlich erkennen.

Abends war die befohlene Linie erreicht. Und allmählich begar wieder der Stellungskrieg. Es waren schwere Tage. (G. R.)

Aus aller Welt.

Strassenbahnunglück. Der „Berl. Lokalangeiger“ meldet aus Mülheim (Ruhr): Ein vollbesetzter Strassenbahnwagen entgleiste und stürzte die Böschung herunter. 37 Personen wurden verletzt, viele davon schwer.

Postverteilung. Endlich — nach acht langen Tagen kommt wieder einmal die Post in Stellung! Kamerad Thausinger bekommt gleich drei Briefe, und er stürzt sich darauf mit fliegenden Händen. Aber die Nachrichten sind nicht gut: Sein Veltster ist im Examen durchgefallen — sein Hauptkumde hat Konkurs gemacht den Bühnertall haben sie ihm nachts ausgeräumt! — „Armer Kerl!“, sagte ich, „das ist ein bißel viel auf einmal!“ — „Schad mir“, meinte er, „man freut sich doch jedesmal, wenn man Post kriegt!“ (Jugend.)

Eingegangene Bücher und Zeitschriften.

Alle hier verzeichneten und besprochenen Bücher und Zeitschriften können bei der Post-Buchhandlung bezogen werden.

Arbeiter-Jugend. Die soeben erschienene Nr. 12 des zehnten Jahrgangs hat u. a. folgenden Inhalt: „Kriegssozialismus“. Von Max Sachs. — Trude, der Lausbub. Von Th. Thomas. — Sozialismus und Ethik. Von Karl Schröder. — Höhen und Tiefen auf der Erdoberfläche. (Mit Abbildungen). — Der tote Gebiät von Max Warthel. Kürzung der Lehrzeit für eingezogene Lehrlinge. Von R. V. — Aus der Jugendbewegung. — Die Gegner an der Arbeit. — Zur wirtschaftlichen Lage. — Bekennnis zum Gebiät von Georg Herwegh.

„Volksgesundheits“. Illustrierte Monatschrift des Verbandes Volksgesundheits, Köfchenbroda-Dresden. Aus dem Inhalt der soeben erschienenen Nummer heben wir folgendes hervor: Kinderuntersuchungen. — Samen-Therapie. — Behandlung der Knochen-tuberkulose mit Sonnenlicht. — Nervenheföhlen. — Erkrankungen (mit 2 Abbildungen). — Hausärztliche Notizen. — Mundschau. — Literatur

COLOSSEUM.

Waldstrasse 16/18. Telephon 1938.
Direktion: Gust. Kiefer. 3881

Heute Freitag, den 21. Juni
zum letztenmal

Das Theater ohne Männer

Fröbel-Seminar des Badischen Frauenvereins.

Karlsruhe, Girschstraße 126.

Kursus für Jugendleiterinnen mit Abschlussprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 Jahr. Aufnahmebedingungen: Staatlich anerkannte Prüfung als Kindergärtnerin und 1 Jahr prakt. Arbeit in Kindergärten, Sorten und ähnlichen Anstalten.

Kursus II für Kindergärtnerinnen gleichfalls mit Abschlussprüfung unter staatlicher Leitung. Beginn 1. November. Dauer 1 1/2 Jahre. Aufnahmebedingung: 1/2 M. höhere Mädchenschule.

Auskunft und Prospekte: Girschstraße 126.

Geschäftsstunden: Montags, Dienstags, Donnerstags und Freitags von 3-4 Uhr. 3854

Der Vorstand der Abteilung II des Bad. Frauenvereins.

Badischer Landesverein vom Roten Kreuz

Abteilung: Auskunftsstelle über Verwundete und Vermisste.

Unentgeltliche Geldüberweisung an Kriegs- und Zivilgefangene. Packhilfe.
Geschäftsstelle: Nationaler Frauendienst, Kronenstr. 24.
Täglich geöffnet von 9-12 und 3-6 Uhr
Samstag von 9-12 Uhr. 3753

Gesucht

zu sofortigem und späterem Eintritt
Stenotypistinnen
Buchhalterinnen
(keine Anfängerinnen).

Städt. Arbeitsamt 3796
Hilfsdienstmeldestelle Karlsruhe
Jähringerstraße 100, 2. St.

Fussball.

Sonntag, den 23. Juni 1918

Spielplatz Beiertheim:

Entscheidungsspiel um die Gaumeisterschaft Kl. A

zwischen

F.-C. Grötzingen I und F.-V. Beiertheim I.

Spielplatz V. f. B.:

Entscheidungsspiel um die Gaumeisterschaft Kl. B

zwischen 3883

F.-C. Birkenfeld I. und Konkordia Karlsruhe I.

Beginn 4 Uhr.

Wegen

Geschäftsauflösung

werden die noch vorräthigen Möbel zu jedem annehmbaren Preise abgegeben: 3887

Reimers An- und Verkauf

Kaiserstraße 69

Eingang Waldhornstr.

Autogen-Schweißer und Schweißerinnen

gesucht für dauernde Beschäftigung. 3841

A. Beierle,
Eisen- und Metallkonstruktionswerke
Freiburg i. B.

Obstabaabe.

Wir rufen hiermit die Haushaltmarke Nr. 10 zur Belieferung mit Obst auf. Demgemäß haben die Obsthändler von Freitag, den 21. Juni 1918 ab die Haushaltmarke A Nr. 10 mit höchstens 2 Pfund und die Haushaltmarke B Nr. 10 mit höchstens 4 Pfund Kirichen zu beliefern. Die Haushaltmarken Nr. 9, die etwa noch nicht beliefert sein sollten, können daneben eingelöst werden.

Zur übrigen verweisen wir auf unsere Bekanntmachung vom 15. Juni 1918. 3880

Karlsruhe, den 19. Juni 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Weißer Käse.

Verkauf von weißem Käse in den Verkaufsstellen des Lebensmittelvereins Nr. 242 bis 251 einschließlich, von Samstag, den 22. bis Montag, den 24. Juni 1918 einschließlich an die eingetragene Kundschaft gegen die Lebensmittelmarke J Nr. 88.

Die Kopfmenge beträgt 1/4 Pfd. 3884
Preis 75 Pfennig für das Pfund.
Karlsruhe, den 20. Juni 1918.

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Auf dem Nachrichtenbüro für das neutrale Ausland liegen noch einige Bestellungen für Normal-Pakete über die Schweiz für Kriegsgefangene in Frankreich, die wegen eingetretener Sperre nicht mehr zur Erledigung gelangen konnten. Die Besteller der Pakete für nachstehende Kriegsgefangene werden gebeten, die Einzahlungen hierfür beim Nachrichtenbüro zu erheben, das zu diesem Zweck

Samstag, den 22. Juni, nachmittags von 3-5 Uhr

und in den folgenden Wochen jeden

Mittwoch nachmittags von 3-5 Uhr

geöffnet ist. 3879

Gustav Repler, Gef. Nr. 1199

Johann Kübel, Gef. Nr. 133

Adolf Schwörer, Inf.-Reg. 110

Karl Rohm, Gef. Nr. 5342

Leutn. S. Schmid, Gef. Nr. 2423

Leutn. Lindenber, Fort

Barroux

Leutn. Gumb, Louise

Wilh. Böllm, Gef. Nr. 427

Joh. B. Schönlein, S. S.

Abtlg. 75

Richard Prohs, Brig.-Erz.

Batl. 57

Karl Kammerer, Gef. Nr. 2900

Hans Friedheim, Gef. Nr. 239

Josef Lehmann, Gef. Nr. 7503

Senny Peter, 5/109

Hans Brier, Gef. Nr. 10166

Wilh. Werner, Gef. Nr. 620

Karl Laible, Inf.-Reg. 118

Gefr. Eugen Gassert

Emil Schlotterbeck, S. R. 111

Karl Haab, 6/110

Theodor Klein, Gef. Nr. 2874

W. Fühler, Gef. Nr. 3277

H. Stello, Karl Keilang,

Gef. Nr. 7449

U.-Off. Karl Stoll, 4/40

Karl Eberle, Gef. Nr. 14007

Hubert Vogel, Gef. Nr. 7436

Theodor Klein, Groupe 65

V. Jähr. v. Kaiser Gleichen

Karl Schmirer, 11/110

Eugen Kern, 11/65

Kräftige Arbeiter

gesucht
Rosensfeld & Co.,
Karlsruhe-Mühlburg, Neureuterstr. 5.

Mädchen

finden Beschäftigung bei
A. Braum u. Cie., Waldstraße 28.

Städtisches Konzerthaus.

Freitag, den 21. Juni 1918, 1/2 8 Uhr 3859

Ein Walzertraum.

Das

Städt. Schwimm- und Sonnenbad

am Rheinhafen

ist geöffnet. 3800

Speise-Wirtschaft

Sofienstr. 73, Eing. Lessingstr.

Heute und folgende Tage

frisches Rossfleisch

Deutsch Beefsteak

Goulasch und Sauerbraten

mit Kartoffeln und Salat

heute abend frische Leberwurst

prima Fleischküchle.

Frühstückportion à 80 Pfg.

Um gütigen Zuspruch bittet

3891 **A. Adler**

Alles ohne Fleischmarken.

Alles ohne Fleischmarken.

Taschenuhren

wenn auch reparaturbedürftig, werden stets gekauft in 3899
Weintraubs
An- und Verkaufsgeschäft,
Kronenstr. 52.

Achtung!

Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbsthilfe und geübten Leuten gut und billig ausgeführt.
Näheres Adam Werke,
Göthestr. 21, 4. St.

Abgängige Tiere

aller Art kauft
Städtisches Gartenamt
Karlsruhe. 3181

Chaiselongue

neue, zu verkaufen. 3882
Polsterer Köhler
Schützenstr. 25.

Mandolinen, Gitarren,

Zithern, Ziehharmonikas, 3899
An- u. Verkaufsgeschäft,
Markgrafenstraße 22.

Daniels Konfektionshaus

Wilhelmstrasse 34, 1 Tr.

Regenhautmäntel 4200

Fleißiges

Mädchen
oder **Fran**
unabhängig, für Küchenarbeit gegen hohen Lohn

sofort gesucht.

Speise-Wirtschaft,

Sofienstraße 73,

Eingang Lessingstraße.

Ein wertvolles Hausbuch für jede Arbeiterfamilie!

Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek

Das Buch ist auf gutem Papier gedruckt, enthält ein zerlegbares Modell, viele Illustrationen und präsentiert sich in einem schmucken Einband.

Behandelt werden folgende Gebiete:

Die erste Hilfe bei Unglücksfällen. Von Dr. Christeller. — Das erste Lebensjahr. Von Dr. Silberstein. — Gesundheitspflege des Nervensystems. Von Dr. Hirschlaff. — Der Achtstundentag. Von Dr. Zadek. — Alkoholfrage und Arbeiterklasse. Von Dr. Fröhlich. — Das Schulkind. Von Dr. Silberstein. — Geschlechtsverkehr und Geschlechts-Krankheiten. Von Dr. Gebert. — Nahrung und Ernährung. Von Dr. Chajes. — Wie sollen wir uns kleiden? Von Dr. P. Bernstein. — Der Arbeiterschutz. Von Dr. M. Epstein. — Frauenleiden und deren Verhütung. Mit einem Anhang: „Die Verhütung der Schwangerschaft“. Von Dr. J. Zadek. — Vom medizinischen Aberglauben. Von Dr. E. Thesing. — Das Wasserheilverfahren in der Gesundheitspflege des Arbeiters. Von Dr. S. Munter. — Verhütung und Heilung des Stotterns. Von L. Jordan. — Geschlechtliche Erziehung in der Arbeiterfamilie. Von Dr. J. Markuse. — Zähne und Zahnpflege. Von Gertrud Rewald. — Bau und Lebensfähigkeit des menschlichen Körpers. Von Dr. Christeller. — Der Geschlechtstrieb. Von Eduard Bernstein. — Die Krankenpflege im Hause. Von Johann Ranker-Mannheim. — Die Proletarierkrankheit. Von Dr. J. Zadek.

:-: Ein Buch auf Teilzahlung! :-:

Unterzeichneter bestellt hiermit bei der Buchhandlung „Volksfreund“, Karlsruhe, **Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek** geb. zum Preise von 6,00 Mk., zahlbar in Wochenraten von 1,40, Porto nach auswärts 30 Pf. Das Buch wird mir sofort geliefert, doch bleibt es bis zur vollständigen Bezahlung Eigentum der obigen Firma.

Name: _____
Wohnung: _____
Wir bitten, deutlich zu schreiben.